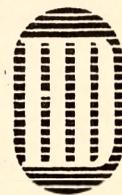


HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XIX—Nr. 7

Bonn, 8. April 1966

AUSGABE A

Wissenschaftspolitik 1966/67

Stoltenberg erläutert seine Haltung — Vor Abkommen mit den Ländern und Verfassungsänderung

HD — Die Wissenschaftspolitik 1966 wird gegen Jahresende einen neuen Höhepunkt erreichen. Das Jahr war eingeleitet worden mit der Großen Wissenschaftsdebatte des Bundestages und der ersten Lesung des Bundeshaushaltes. Zunächst ist zwar noch das Problem der Finanzierung der Deckungslücke von 180 Mio. DM für den Ausbau der bestehenden Hochschulen zu lösen, aber schon in der Wissenschaftsdebatte deutete sich an, daß grundsätzlichere Fragen der Wissenschaftspolitik gestellt sind. Vor Journalisten erläuterte Bundesforschungsminister Stoltenberg in Bad Godesberg im Rahmen eines Informationsgesprächs seine Haltung zu diesen Problemen.

Das Abkommen von Bund und Ländern über die gemeinsame Finanzierung von wissenschaftlichen Einrichtungen läuft am 31. Dezember dieses Jahres ab. In diesem Abkommen hatten sich Bund und Länder verpflichtet je 250 Mio. DM zum Hochschulausbau zur Verfügung zu stellen. Außerdem war die gemeinsame Finanzierung von Max-Planck-Gesellschaft, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Honnefer Modell vereinbart worden. Stoltenberg trat für den Abschluß eines neuen Abkommens ein, das in entscheidenden Teilen jedoch verändert werden soll. Das Wissenschaftskabinett wird sich in Kürze bereits mit dieser Frage beschäftigen. Stoltenberg meinte, in dieses Abkommen müßten realistische Zahlen eingesetzt werden. Bei dem Abschluß des Abkommens waren Zahlen eingesetzt worden, die schon zum Zeitpunkt der Unterzeichnung als überholt galten. Er wandte sich jedoch dagegen, daß eine Generalklausel in das Abkommen eingefügt werde, nach der entstehende Mehrkosten beim Hochschulausbau ebenfalls von Bund und Ländern getragen werden sollten, und machte darauf aufmerksam, daß sowohl Bund wie Länder ein Bild der Anforderungen des Hochschulausbaus erhalten müßten, das ihnen realistische Dispositionen erlaube.

Der Wissenschaftsrat wird Anfang 1967 einen neuen Generalplan über den Ausbau der bestehenden Hochschulen festlegen und dabei zugleich eine Gesamtplanung mit einer Prioritätsfestlegung vorlegen. Stoltenberg begrüßte diese Arbeiten und forderte, den Wissenschaftsrat zu stärken. Alle Planungen müßten vorher dem Wissenschaftsrat vorgelegt und zu einem Gesamtprogramm koordiniert werden. Er kritisierte, daß die Länder in den vergangenen Jahren im Zuge einer dynamischen Entwicklung mit all ihren Anforderungen teilweise eigene Wege im Hochschulausbau gegangen seien. Der Minister nannte zwar keine Zahlen, die das neue Abkommen enthalten soll, machte jedoch darauf aufmerksam, daß eine Rationalisierung im Hochschulbau im Vordergrund stehen müßte. Der Wissenschaftsrat habe eine Kommission eingesetzt, die zu diesem Zwecke Vorschläge unterbreiten solle. Ein wirtschaftliches und rationelles Bauen sei unumgänglich.

Anders stelle sich die Frage für den Ausbau der neuen Hochschulen. Hier meinte Stoltenberg, daß die Neugründungen im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Finanzreform und die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern, die Ende dieses Jahres neu geordnet werden muß, gesehen werden müßten. Dieser Vorschlag sehe vor, den Hochschulausbau und die Neugründungen zu einer Gemein-

schaftsaufgabe von Bund und Ländern zu erklären und beiden Teilen 50 Prozent der Kosten aufzuerlegen (s. dazu HD XIX/6). Stoltenberg verwahrte sich in diesem Zusammenhang gegen eine Kritik, die von dem Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Ulrich Lohmar, geäußert worden war. Lohmar hatte erklärt, in der Wissenschaftspolitik würde ein Weg der Verfassungsänderungen auf den Widerstand der Länder stoßen und damit zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sein. Stoltenberg meinte demgegenüber, es müsse zumindest darüber gesprochen werden. Ein solches Gespräch würde unmöglich die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern stören.

Der Minister wies darauf hin, daß die Länder nicht in der Lage seien — auch bei einer Erhöhung ihres Anteils aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer —, ohne Mitwirkung des Bundes die Fragen des Hochschulausbaus zu lösen. Er räumte ein, daß der Bund sich am Ausbau der bestehenden Hochschulen in einem „prinzipiellen obligo“ befinde.

Die Bundesregierung wird den Bundesbericht Forschung II Anfang 1967 vorlegen. Dabei sollen zum Teil die Arbeiten aus dem ersten Bericht fortgesetzt und zum anderen auch neue Probleme erörtert werden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion diskutierte in einer außerordentlichen Fraktionssitzung Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. An dieser Sitzung nahmen auch der Berliner Schulsenator Hans-Heinz Evers, der Bremer Senator für das Bildungswesen, Moritz Thape, der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand, Waldemar von Knoeringen, sowie das SPD-Vorstandsmitglied Willi Eichler teil. Diskussionsthemen waren die Wissenschaftsförderung, die Ausbildungsförderung, die Frage der Bildungsforschung und der Bildungsplanung im Bildungsrat. Wie der Abgeordnete Raffert im Anschluß an die Sitzung mitteilte, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine praktische Zusammenarbeit in allen Fragen der Wissenschaftsförderung zwischen Bund und Ländern ausgesprochen: Sie würdigte dabei die bestehenden Abkommen zwischen Bund und Ländern. Die Aussichten einer Verfassungsänderung nach den Vorschlägen der Troeger-Kommission wurden als nicht sehr groß bezeichnet. Sollte es, so meinte die SPD-Bundestagsfraktion, nicht gelingen, den Bund an einer Neugründung von Hochschulen zu beteiligen und dafür ein Abkommen zu schließen, so sollte sich der Bund auf die Beteiligung an einzelnen wichtigen Objekten beschränken.

INHALT:

Erhöhung der Gehälter für Wissenschaftler außerhalb der Hochschulen	2
Finanzierungsgesellschaft für den Hochschulausbau	2
Schreiben der WRK an den VDS	3
Studentenwohnheime 1966	4
Neuordnung der Schwerpunktbildung an den Hochschulen	5
Neue Wege der Erwachsenenbildung	7

Erhöhung der Gehälter für Wissenschaftler außerhalb der Hochschulen

Bund will an Besoldungseinheit festhalten

HD — Die Besoldung von Wissenschaftlern außerhalb der Hochschulen beschäftigte den Deutschen Bundestag in einer Fragestunde am 24. März. Der CDU-Abgeordnete Dr. Jahn/Braunschweig hatte die Bundesregierung gefragt, ob sie bereit sei, im Rahmen der geplanten Besoldungsreform für Forschungsanstalten des Bundes zwischen „staatlichem Verwaltungsdienst“ und „wissenschaftlichem Staatsdienst“ Unterscheidungen zu treffen.

Staatssekretär Dr. Hans Schäfer vom Bundesinnenministerium erklärte, die Bundesregierung sei bereit, bei einer geplanten Besoldungsreform die Besoldung der Forschungsbeamten des Bundes zu verbessern. Bereits im zweiten Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, der sog. Harmonisierungsnovelle, sei als erster Schritt auf diesem Wege die Überführung von Forschungsbeamten aus der Besoldungsordnung A — aufsteigende Gehälter — in die Besoldungsordnung B — feste Gehälter — vorgesehen worden; es sollten damit jüngere Beamte sofort das Höchstgehalt erreichen.

Bei den künftigen Planungen für weitere Besoldungsneuregelungen sei vorgesehen, daß die Leiter der Anstalten und leitende Forschungsbeamte in diesen Anstalten innerhalb der Besoldungsordnung B erneut um eine Gruppe nach oben rückten. Die Bundesregierung habe sich zwar nicht bereit erklärt, eine eigene Besoldungsordnung für die wissenschaftlichen Mitarbeiter in wissenschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes zu schaffen, sie sei aber bemüht, die Besoldung der einzelnen Zweige der Beamten zusammen in einer einheitlichen Besoldungsordnung zu regeln. Auf dem Forschungssektor sollen jedoch andere Dienstpostenbewertungen als in der Verwaltung angelegt werden. Die Unterschiede zwischen Forschungsbeamten und verwaltenden Beamten rechtfertige aber — wie Schäfer ausführte — nicht eine Unterscheidung dahingehend, daß zwei verschiedene Besoldungsordnungen daraus entstehen müßten.

Auf eine Zusatzfrage des SPD-Abgeordneten Dr. Müller/München nach einem eigenen Tarifvertrag für Angestellte an Forschungsanstalten sagte Schäfer, dies sei noch nicht abschließend erörtert worden. Gegenwärtig befaße sich der Abteilungsleiterausschuß des Wissenschaftskabinetts, der seine Überlegungen demnächst abschließen wolle, mit dieser Frage.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Jahn erklärte Schäfer, eine Anpassung der Bezüge für Wissen-

schaftler an ausländische Vorbilder sei nur sehr bedingt möglich, weil die Verhältnisse nicht vergleichbar seien. Allen Besoldungsmaßnahmen seien auch insofern Grenzen gesetzt als dabei das Gesamtbesoldungsgefüge nicht außer acht gelassen werden dürfe. Im übrigen sei zu bemerken, daß es sich bei ausländischen Vorbildern häufig um Verträge handle, die zwar eine hohe Vergütung, nicht aber im gleichen Maße soziale Sicherungen, insbesondere eine Alterssicherung, garantieren. Die Bundesregierung sei gleichwohl der Auffassung, daß ihre Maßnahmen einer Abwanderung entgegenwirkten.

Auf eine andere Frage des Abgeordneten Jahn nach der zeitlichen Anrechnung eines Studien- oder Arbeitsaufenthaltes im Ausland verwies der Staatssekretär auf das Bundesbesoldungsgesetz und auf das Bundesbeamtengesetz. Eine volle Anrechnung dieser Zeiten komme nur in Frage, wenn die Tätigkeit im Ausland als solche im Dienst eines anderen Staates oder einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung zu bewerten sei. Ob aber auf diesem Gebiet weitere Verbesserungen der Einrichtungen vorgesehen werden müßten, um qualifizierte Fachkräfte für Forschungsanstalten des Bundes zu gewinnen und zu erhalten, werde innerhalb der Überlegungen zur Besoldungsreform erneut geprüft werden.

Der Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten führte ein Gespräch mit der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn. Der Verbandsvorsitzende Dr. Otto Creutzfeldt erklärte sich in dem Gespräch bereit, für eine Übergangslösung zu verhandeln. In dieser Regelung sollen die Besoldungsgruppen sowohl für Wissenschaftler wie auch für technisches Personal verbessert und reformiert werden. Unabhängig von einer aktuellen Verbesserung fordert der Verband eine eigene Tarifordnung für Wissenschaftler an Forschungsinstituten außerhalb der Hochschulen. Die Gewerkschaft ÖTV setzt sich ebenfalls für eine eigene Tarifordnung ein.

Bundesforschungsminister Stoltenberg sprach sich anläßlich eines Gesprächs mit Journalisten in Bad Godesberg ebenfalls für eine Besoldungsverbesserung für Wissenschaftler an hochschulfreien Forschungsinstituten aus. In Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium, dem Finanzministerium und dem Wissenschaftsministerium sollen Vorschläge erarbeitet werden. Ob es zu einem eigenen Tarifvertrag für Wissenschaftler kommen wird, erscheint Stoltenberg noch ungewiß. Es sei dies nicht nur eine Frage des Bundes sondern auch der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder.

Finanzierungsgesellschaft für den Hochschulbau

Ein Vorschlag aus der CDU-Fraktion — Göttingen als Beispiel

HD — Einen neuen Vorschlag zur Finanzierung des Hochschulausbaues hat der CDU-Bundestagsabgeordnete und Kulturpolitiker Dr. Manfred Abelein vorgelegt. Dieser Vorschlag zeichnet folgendes Bild: Bund, Länder und Gemeinden gründen eine selbständige Rechtsperson — vielleicht in der Form einer GmbH —, die sich größtenteils aus Vertretern der Parlamente zusammensetzt. Der Schlüssel für die Repräsentanz wäre festzulegen; er könnte sich am Finanzvolumen der Aufwendungen für die Hochschulen orientieren. Diese Institution soll in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die jährlich von der Öffentlichen Hand für Hochschulzwecke bereitgestellten Gelder verteilen. Die Rechtsform soll so gestaltet werden, daß die neue Gesellschaft in der Lage ist, auf dem Kapitalmarkt Gelder aufzunehmen. Bund, Länder und Gemeinden bürgen für diese Gelder und übernehmen auch Rückzahlungen und den Schuldendienst. Später soll festgelegt werden, wie diese Institution mit dem Wissenschaftsrat zusammenarbeiten soll, oder ob sie nach einer Umgestaltung evtl. mit diesem identisch werden kann.

Sollte sich die globale Zuweisung der Mittel an die neue Institution als undurchführbar erweisen, so meinte Abelein, könnte man mindestens den Teil verwirklichen, der den Kapitalmarkt für die Hochschulen erschließt. Dabei sei zu bedenken, daß die Troeger-Kommission die Lastenverteilung bei der Hochschulfinanzierung für so schwerwiegend ansah, daß sie sie unter ihren Gemeinschafts-

aufgaben einreichte und in diesem Zusammenhang sogar eine problematische Grundgesetzänderung vorschlug. Vor diesem Hintergrund werde ein zunächst vielleicht spektakulär klingender Vorschlag diskutabel erscheinen. Gegen das Argument, die Entscheidungsbefugnisse der Parlamente würden durch eine solche Institution beeinträchtigt, sagte Abelein, daß durch die personelle Vertretung der parlamentarische Einfluß gesichert bleiben könne. Ein weiterer Einwand könnte lauten, die Haushaltsmittel, die dem Parlament zur Verfügung ständen, würden noch weiter eingeschränkt, indem ein Teil davon auf eine Finanzierungsgesellschaft übertragen werde. Dieser Einwand trafe jedoch nicht zu. Es sollten keine neuen gesetzlichen Verpflichtungen begründet werden, sondern es sollte eine geeignete Form für eine sachgerechte Finanzierung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung gefunden werden. Abelein wies auf das Beispiel der „Öffa“ (Deutsche Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten) beim Autobahnbau hin. Diese Institution übe eine vergleichbare Funktion aus.

Zur Begründung seines Vorschlages wies Abelein darauf hin, daß das Land Niedersachsen mit der „Neuen Heimat“ und dem Ingenieurbüro der Friedrich Krupp-Universalbau über die Gründung einer privaten Gesellschaft zum Ausbau der Göttinger Universität verhandle. Dieser Vorschlag habe die positive Seite, daß das beim Staat nicht schnell genug verfügbare Geld von privater Seite heran-

zuschaffen wäre. Außerdem wies Abelein auf das britische Beispiel hin, bei dem die Mittel für die Hochschulen durch das „University grants committee“ und die „Conference of vicechancellors and principals“ verteilt würden. Auf gewisse Bedenken seines Fraktionskollegen Dr. Hans Dichgans erwiderte Abelein, daß die Finanzierungsgesellschaft nicht unabhängig sein sollte, sondern so mit den Parlamenten verknüpft sei, daß deren Kontrollrecht unmittelbar gewährleistet bleibe. Dichgans hatte auch auf Mißstände in der Bauplanung hingewiesen. Dazu erklärte Abelein, in der Praxis werde jedoch, insbesondere bei Berufungen, gegen die Grundsätze der sachangemessenen Sparsamkeit verstoßen. Nicht selten zeugten Universitätsbaulichkeiten stärker vom Prestigebedürfnis eines Professors als von wissenschaftlichen Notwendigkeiten. Dieser Übelstand werde allerdings vorwiegend auch dadurch ermöglicht, daß die Professoren bei Berufungsabwendungsverhandlungen die Hochschulverwaltungen verschiedener Länder gegeneinander ausspielen könnten. Das würde sich jedoch mit einem Schläge ändern, wenn die Mittelvergabe von einer zentralen Stelle gesteuert würde, so daß die Konkurrenz der Öffentlichen Hände gegeneinander entfielen. In einem Schreiben an Dichgans wies Abelein darauf hin, daß nicht alle Hochschulen alle wissenschaftlichen Probleme mit gleicher Intensität angehen könnten. Es müßten in Zukunft Schwerpunkte der Forschung und Lehre gebildet werden. Diese allgemeine Einsicht habe es leider überaus schwer, sich gegen die partikularen Interessen der Hochschulen durchzusetzen. Auch in dieser Frage würde das von ihm vorgeschlagene Finanzierungsinstitut einer optimalen Lösung entsprechen. Der Wissenschaftsrat habe bisher nur Raumprogramme entworfen. Fast noch wichtiger sei es, für die Ausstattung Charakteristiken zu bestimmen. Gerade die Ausstattungswünsche könnten sich heute reichlich ungehemmt hervortun. Hier müßten nach Disziplinen und Richtungen

variable Programme aufgestellt werden und ihre Einhaltung durch entsprechende Kontrolle der Mittel gewährleistet werden. Hier entstehe eine neue Aufgabe für die Finanzierungsgesellschaft. Die zentrale Steuerung der Bauvorhaben dürfte, insbesondere angesichts der derzeit gedämpften Konjunktur auf dem Baumarkt erlauben, auch preisregulierend zu wirken. Es sei bekannt, daß die Baupreise von Land zu Land oft verblüffende Differenzen aufwiesen, die sich nicht aus unterschiedlichen regionalen Bedingungen, sondern aus ungleichem Wettbewerbsdruck erklärten. Die Einführung eines gesamt Bundesrepublikanischen Baumarktes auf dem Hochschulsektor würde mit Sicherheit eine Preisregulierung nach unten bedeuten.

Abelein bemerkte auch, daß die größten Vorteile der zu gründenden Gesellschaft sich natürlich für die Hochschulen selbst ergeben würden. Nicht zuletzt deshalb, weil sich dadurch neue, von den Hochschulen seit langem gewünschte Formen der Hochschulpolitik durch die Kultusministerien ermöglichen ließen.

Stoltenberg sicherte zu, daß der Vorschlag Abeleins gründlich von der Bundesregierung geprüft werde. Er stellte jedoch zugleich ein paar kritische Fragen. Dabei stand im Vordergrund, daß die neu zu gründende Gesellschaft auch Kredite auf dem Geldmarkt aufnehmen soll. Eine solche Politik sei nur dann zu vertreten, wenn damit gerechnet werde, daß in den nächsten Jahren der Bedarf sinke und dann die Kredite zurückgezahlt werden können. Aller Voraussicht nach aber sei in den nächsten Jahren ein steigender Bedarf zu erwarten. Mit einem Absinken könne nicht gerechnet werden, auch stelle die Gründung einer solchen Gesellschaft schwierige Fragen an das Haushaltsrecht. Die Bundesregierung werde bei ihrer Prüfung auch die Erfahrungen der niedersächsischen Regierung auf diesem Gebiet mit berücksichtigen.

Schreiben der WRK an den VDS

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat am 23. März in einem Schreiben an den Verband Deutscher Studentenschaften zu dessen Broschüre „Studienreform 1965“ (siehe HD XIX/5, S. 10) Stellung genommen.

In den einleitenden Sätzen des Schreibens, das an den Vorsitzenden des VDS und die beiden Verfasser der Broschüre gerichtet ist, stimmt die WRK der These des VDS zu, daß Reform „die Übertragung wissenschaftlicher Arbeitsprinzipien auf alle Vorgänge in der Hochschul- und Studienorganisation“ voraussetze. Zugleich stellte sie jedoch fest, daß die Publikation „dieses Prinzip auf das schwerste durch

- parteiliche Auswahl und Unterdrückung von Dokumenten,
 - einseitige Kommentierung,
 - Vernachlässigung der Chronologie und
 - oberflächliches Quellenstudium
- verletzt“.

Das Präsidium bedauere, so heißt es dann weiter, daß die Verfasser meinten, in ihrer Broschüre beweisen zu können, von seiten der Hochschule sei keine Bereitschaft zur Reform vorhanden und sie müßte zur Reform gezwungen werden. Die Dokumentation solle „offensichtlich dem Beweise dienen“, daß nicht die Hochschulen, sondern zwei Politiker die Diskussion entfacht und in Gang gehalten hätten. Die Rektorenkonferenz wirft dem VDS an dieser Stelle vor, „die einfachsten unerlässlichsten Methoden wissenschaftlicher Arbeit“ zu vernachlässigen.

Die geistigen Grundlagen der gegenwärtigen Diskussion habe Prof. Rucker in seiner Arbeit „Studiendauer und Studienerfolg an den wissenschaftlichen Hochschulen Westdeutschlands“ im Dezember 1960 gelegt. Vor dieser Arbeit sei das Thema schon durch das Blaue Gutachten (1948), die Hinterzartener Reformkonferenz (1952), den Ettliger Kreis (1957), die 5. bzw. 24. Delegiertenkonferenz des VDS (1950 bzw. 1954) und den 5. Deutschen Studententag (1958) behandelt worden (Es folgt sodann eine Aufzählung von 14 Dokumenten, Vorträgen etc., die sich auf die „Spezialisierung der Reformdiskussion auf die Studiendauer“ beziehen).

Das vom VDS geforderte Zusammenwirken von Staat und Hochschule habe von Anfang an bestanden; von dieser Tatsache hätte sich der Verband Deutscher Studentenschaften „leicht durch Benutzung unseres öffentlich zugänglichen Archivs, durch Akteneinsicht oder am 18. 1. 1965

vor der Publikation in Ihrem langen Gespräch mit dem Sekretär der Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen, Herrn Dr. Reschke, überzeugen können, wenn Ihnen daran gelegen gewesen wäre“. Die Dokumentation des VDS enthalte aber nur drei der genannten Dokumente; außerdem befände sich die Beratung in der LI. WRK (7. 2. 1964) „wider alle historische Wahrheit“ an fünfter Stelle. Wie wenig den Verfassern „an einer Tatsachenfeststellung“ gelegen sei, gehe auch aus der Ignorierung der Aufsätze von Minister Schütte und Präsident Sieverts in den Mitteilungen des Hochschulverbandes vom März 1964 hervor, „in denen sachliche Antworten auf sachliche Fragen gegeben werden“.

Als ein Beispiel, das die „Voreingenommenheit und Tendenz“ der Broschüre besonders deutlich zeige, nennt das Schreiben dann die Behauptung des VDS, die Rektorenkonferenz habe „sich auf Ihrer LIV. Plenarversammlung . . . im Juli 1965 auf Punkt 9 ihres . . . reformfreundigen Katalogs . . . zurück(gezogen)“, die Reformvorschläge auf die Befristung der Immatrikulation beschränkt und alles dies, weil „die Hochschulen (den) öffentlichen Druck nicht mehr ignorieren konnten“. Die WRK habe aber auf ihrer L. und LI. Plenarversammlung studienzeitverkürzende Maßnahmen beraten und eine Reihe von Empfehlungen verabschiedet.

Im Schreiben der Rektorenkonferenz heißt es zu diesem Punkte wörtlich:

„a) Bereits am 6. 7. 1962 (SH 235/1962) trug die XLVIII. WRK Bedenken, einem Antrage der TU Berlin zu folgen, überlange Studienzeiten durch Zwangsimmatrikulationen wegen mangelnder Leistung zu beenden; die Plenarversammlung verwies den Gegenstand in die Hochschulrechtskommission, die sich den Bedenken mit der Begründung anschloß, Zwangsimmatrikulationen seien disziplinäre Maßnahmen. Einer Befristung der Immatrikulation hingegen bescheinigte die Hochschulrechtskommission, später und zur Vorbereitung der Beratungen in der LIV. Plenarversammlung, rechtliche Unbedenklichkeit. Diese Tatsachen waren dem VDS aus den Plenarberatungen am 6. 2. 1962 und den Unterlagen der folgenden Plenarversammlungen bekannt.

b) Obgleich der VDS eingeladen war, am 13. 7. 1965 der Erläuterung der Plenarbeschlüsse der LIV. WRK vom 9. 7. 1965 (Grundsatzklärung betr. Staatsprüfungssord-

nungen, Reform des Philosophicum und Pädagogicum, Zwischenprüfungen in Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten, Immatrikulationsbefristung) durch den Herrn Präsidenten vor der Presse beizuwohnen, gab er am 12. 7. 1965 über dpa (132 km) eine Stellungnahme ausschließlich zur Immatrikulationsbefristung an die Presse; erst Herr Dr. Kalischer veranlaßte, um in der Öffentlichkeit auch die Erläuterung des Herrn Präsidenten wirksam zu machen, daß die VDS-Nachricht mit einer Sperrfrist versehen wurde. Da der Presseverteiler des VDS nicht mit dem Kreise der an den Pressegesprächen der WRK teilnehmenden Journalisten übereinstimmt, provozierte die Meldung des VDS die in der Dokumentation wiedergegebenen einseitigen Presseartikel (S. 89 bis 105).

c) Dem VDS war die Erläuterung des Herrn Präsidenten der WRK über den Gesamtzusammenhang der Reformmaßnahmen (LI. bis LIV. WRK) in vollem Umfange bekannt, bevor die außerordentliche Mitgliederversammlung des VDS am 18. 7. 1965 (VDS-info 6/65 S. 5) ausschließlich zur Immatrikulationsbefristung Stellung nahm.

d) Das Generalsekretariat der WRK bemühte sich noch einmal, den VDS zu einer sachlichen Abwägung der Zusammenhänge des gesamten Reformkatalogs der LI. und LIV. WRK vom 7. 2. 1964 (S. 53 ff.) und 9. 7. 1965 mit der Immatrikulationsbefristung zu bewegen: Als Herr Heinz zwecks Materialsammlung wenige Tage vor dem 17. 10. 1965 die WRK aufsuchte, erbot sich Herr Kalischer, vor den Fachschaftsvertretern des VDS am 17. 10. 1965 die Zusammenhänge zu erläutern. Der VDS machte von diesem Anerbieten keinen Gebrauch, sondern zog es vor, das willkürlich isolierte Problem der Befristung der Immatrikulation durch die Herren Fachschaftsvertreter allein behandeln zu lassen (s. 61 ff.).

e) Obgleich nach diesen Vorgängen schon deutlich war, daß Sie die Tatsachen zu arrangieren beabsichtigten, wurden Sie zum Pressegespräch des Herrn Präsidenten am 15. 12. 1965 eingeladen. Dabei wurde Ihnen die unter dem 13. 12. 1965 datierende Denkschrift über „Studienreform und befristete Immatrikulation“ ausgehändigt, in welcher der Gesamtkomplex dargestellt ist. Das Präsidium kann Ihnen den Vorwurf intellektueller Unredlichkeit gegen die Methode nicht ersparen, daß Sie aus dieser Denkschrift ohne genaue Angabe der Quelle lediglich die Tabelle (S. 42) abdrucken, hingegen den gesamten übrigen Inhalt der Denkschrift unterdrücken.“

Als ein weiteres Beispiel, „wie weit Forderung und Wirklichkeit der Mitarbeit des VDS an der Studienreform auseinandergehen“, führt die Rektorenkonferenz an, daß der Verband Deutscher Studentenschaften mehrere Entwürfe von Rahmenprüfungsordnungen, die dem Verband aufgrund einer Absprache zwischen ihm und der WRK zur Stellungnahme übermittelt worden wären, unbeantwortet gelassen habe. „Sie werden verstehen, daß es dem Präsidium der WRK selbst bei Würdigung der Diskontinuität

der Arbeit im VDS nicht möglich ist, bei seinem Urteil von dem Glauben auszugehen, diese Tatsachen seien Ihnen unbekannt gewesen. Auch ermuntert diese Erfahrung nicht zu einer institutionellen Erweiterung der Kommission.“

Des weiteren kritisiert die Rektorenkonferenz, daß der 6. Teil der Broschüre „eine höchst magere Auswahl“ aus den Empfehlungen der Hochschulen, Fakultäten, Hochschullehrer und Studenten treffe. (Es folgt die Aufzählung einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Berichten, Protokollen von Fakultätentagen etc.) und weist darauf hin, daß der VDS die Akten mit Erlaubnis der Vorsitzenden der Fakultätentage hätten einsehen können.

Die letztgenannten Quellen bewiesen einen anderen als den vom VDS postulierten Ursprung der Studienreform, argumentiert die WRK. „Nicht der Wille von Politikern im Jahre 1963, sondern die Überfüllung der noch nicht ausgebauten Hochschulen mit den starken Geburtenjahrgängen seit 1957“ habe die Reformdebatte provoziert. Auch werde sich der VDS daran erinnern, daß er selbst in der Zeit zwischen 1958 und 1960 „zeitweise in der Kommission der WRK mitgewirkt hat, deren Name ‚Überfüllung und Zuordnung‘ die Mittel kennzeichnete, mit denen man der Schwierigkeiten vor 1962 Herr zu werden hoffte“. „Anfang und Schlüssel der gegenwärtigen Debatte“ lägen also „für einen sorgsam Bearbeiter einer Dokumentation“ in den Fakultäten und Fakultätentagen. Nicht zufällig sei Prof. Rucker, „der 1960 als erster Studienzeit und Studierfolge ermittelte und verglich“, Vorsitzender des Fakultätentages gewesen. Das Verdienst der beiden Politiker werde dadurch nicht geschmälert.

Das Schreiben schließt wie folgt: „Der Herr Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz sieht sich angesichts dieser Tatsachen vorerst nicht in der Lage, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Arbeit im Ständigen Ausschuß für Studentenfragen fortzusetzen oder gar die Empfehlung der 18. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS, eine ‚Hochschulkonferenz‘ zum Problem der Studienreform einzuberufen, aufzugreifen, bevor Sie nicht zu diesem Schreiben und seinen Einzelheiten Stellung genommen und seinen Wortlaut den Herren Vorsitzenden der Studentenschaften, welche Mitglieder des VDS sind, zugeleitet haben.“

Absicht und Inhalt der Broschüre seien einseitig mißverstanden worden, sagte der VDS in einer kurzen Pressemitteilung vom 31. März zu vorstehendem Schreiben. Eine ausführliche Stellungnahme hat — wie aus dieser Mitteilung weiter hervorgeht — der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften in einem persönlichen Schreiben an den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz angekündigt. In diesem Schreiben ersucht der VDS-Vorsitzende um ein Gespräch, bei dem die „deutlich gewordenen Mißverständnisse“ geklärt und eine Fortsetzung der gemeinsamen Studienreformbemühungen gesichert werden sollen. Die offizielle Stellungnahme des VDS soll am 13. April veröffentlicht werden.

Studentenwohnheime 1966

Jetziger Stand der Wohnheimfinanzierung — Probleme der Mensen

HD — In einer Pressekonferenz am 24. März informierte Prof. Dr. Hallermann als Vorsitzender über Probleme und Pläne des Deutschen Studentenwerkes, insbesondere über die derzeitige Lage des Studentenwohnheimbaus und der Mensen. Er zeigte sich in seinen Ausführungen vor allem über die Finanzierung des Wohnheimbaus besorgt. Die im Entwurf des Bundesjugendplanes 1966 vorgesehenen 14,8 Mio. DM stünden nicht zur Verfügung, da — wie in den Vorjahren — mit einer allgemeinen Haushaltskürzung und einer Ausgabensperre für Baumittel in der Höhe von 20 Prozent gerechnet werden müsse. Auch die Baudarlehen des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau, die in den vergangenen Haushaltsjahren in Höhe von jeweils 5 Mio. DM gewährt wurden, würden 1966 nur noch beschränkt zur Verfügung stehen. Dagegen sei zu erwarten, daß die erforderlichen Finanzierungsbeiträge der Länder im allgemeinen bewilligt würden.

Nach der zwischen Bund und Ländern geltenden Finanzierungspraxis müsse der Bund im Jahre 1966 allein für Wohnheime, die sich in Darmstadt, Gießen, Hamburg, Hannover, Köln, Konstanz und anderen Orten im Bau befinden, noch rund 21 Mio. DM aufbringen. In Aachen, Bonn, Braunschweig, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Stuttgart und Tübingen könnten

ferner baureife Projekte mit einem Gesamtvolumen von 43 Mio. DM in Angriff genommen werden, wenn die jährlich hierfür erforderlichen Raten vom Bund zur Verfügung gestellt würden. 1966 reichten möglicherweise wenige Millionen DM aus, die Ausführung dieser Projekte in Gang zu setzen, wenn gleichzeitig gesichert wäre, daß auch in den folgenden Jahren ausreichende Mittel dafür bereitgestellt würden. Dann ließe sich auch die erforderliche Planung weiterer Vorhaben betreiben, die jetzt durch die Ungewißheit der Finanzierung gelähmt zu werden droht.

Um innerhalb der nächsten fünf Jahre den gegenwärtigen Stand von 40 000 Wohnheimplätzen auf 70 000 anzuheben, müßte der Bund in diesem Zeitraum jährlich 30 Mio. DM zur Verfügung stellen. Dann wäre das vom Studentenwerk im Jahre 1958 projektierte Ziel, jeden dritten Studenten in einem Wohnheim unterzubringen, erreicht. Das Studentenwerk schlägt vor, eine Vereinbarung zu treffen, wie sie zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung des Honnefer Modells getroffen worden sei.

In einem neuen Memorandum, dem „Düsseldorfer Wohnheimplan 1966“ richtet das DSW das dringende Ersuchen an die Verantwortlichen, die Ländermittel zu erhöhen und die Bundesmittel zu verdoppeln; außerdem werden in

diesem Plan eine Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen zur Senkung der Baukosten vorgeschlagen.

Wohnheimstatistik 1966

Nach einer statistischen Übersicht, die bei der Pressekonferenz ausgegeben wurde, ist die Zahl der Wohnheimplätze von 229 Heimen mit 22 973 Plätzen im Jahre 1961 auf 444 Heime mit 37 789 Plätzen im Jahre 1965 gestiegen. Die Zahl der Einbettzimmer wurde verdoppelt. 1961 waren es 12 261 und heute sind es 25 495. Nahezu konstant geblieben ist dagegen die Zahl der Doppel- und Mehrbettzimmer (1961: 11 306, 1965: 11 703). Verdoppelt wurde ebenfalls die Zahl der Wohnheimplätze für ausländische Studenten. Sie betrug 1961 3 311 und beträgt heute 6 888.

Die Zahl der Wohnheimplätze verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt: Bayern 8 744, Nordrhein-Westfalen 6 951, Baden-Württemberg 6 047, Niedersachsen 3 834, Hessen 3 577, Berlin 3 026, Rheinland-Pfalz 1 489, Hamburg 1 462, Schleswig-Holstein 1 203, Saarland 704 und Bremen 81. Träger der Wohnheime sind überwiegend die Studentenwerke mit 137 Heimen (15 357 Plätze); an zweiter Stelle folgen die Heime konfessioneller Träger.

Neue DSW-Dokumentation: „Die Mensa“

Abschließend sprach Prof. Dr. Hallermann über die jetzt vom Studentenwerk vorgelegte Broschüre „Die Mensa“;

sie enthält den Bochumer Mensaplan von 1962, den Bericht des Max-Planck-Instituts für Ernährungsphysiologie über das Mensa-Essen an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik (1958-1961) sowie eingehende Berichte über acht in den letzten Jahren erbaute oder umgebaute Mensen.

Zum Gutachten des Max-Planck-Instituts führte er aus, daß es zwar in seinem Berichtsstand überholt, aber in seinen Forderungen noch nicht erreicht und daher durchaus aktuell sei. Nach Feststellungen des Gutachtens solle ein Mittagessen 1 200 Kalorien enthalten; die tatsächlichen Werte lägen aber auch heute noch vielfach zwischen 800 und 1 000 Kalorien.

Bezüglich der staatlichen Mensa-Zusüsse, die nicht für Material-, sondern durchweg für Betriebskosten gewährt würden, teilte Prof. Hallermann mit, daß die Zuschüsse zwischen 18 Pfennigen und 1,10 DM pro Mensa-Essen schwankten. Die Essenpreise in den Mensen lägen bei 1,10, 1,30 und 1,50 DM. Die Forderung des Deutschen Studentenwerkes nach modernen Einrichtungen und Kochmethoden werde zwar langsam, aber sicher realisiert. Prof. Hallermann schloß mit den Worten, daß die Gutachtertätigkeit des Max-Planck-Instituts zur Zeit fortgesetzt werde.

Neuordnung der Schwerpunktbildung an den Hochschulen

LV. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Mannheim am 9. 2. 1966

HD — Unter den Entschliebungen der Plenarversammlung nimmt die Stellungnahme zur Frage der Schwerpunkte einen besonderen Platz ein. Nach einem Situationsbericht des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Magnifizenz Rüegg/Frankfurt (Main), die sich mit diesen Problemen beschäftigt, wurde folgender Beschluß gefaßt, den wir hier zusammenfassen:

Obwohl die bisherigen Erfahrungen der Hochschulen mit den vom Wissenschaftsrat 1960 vorgeschlagenen Schwerpunkten uneinheitlich sind, wird dennoch das Prinzip, durch eine Konzentration der personellen und sachlichen Kräfte eine bessere Wirksamkeit der Forschung in den Hochschulen zu erreichen, als richtig anerkannt und bestätigt. Allerdings wären Vorschläge zur Finanzierung und regelmäßige Überprüfung notwendig gewesen. Deshalb begrüßt die WRK die Bemühungen des Wissenschaftsrates, für die bevorstehenden Empfehlungen die Modalitäten des Funktionierens des Schwerpunktsystems deutlicher zu kennzeichnen. Sie stimmt dem Vorschlag des Wissenschaftsrates zu, künftig nicht mehr zwischen Sondergebieten und Schwerpunkten zu unterscheiden. Nach Ansicht der WRK sollten die Kriterien für die Bestimmung der Schwerpunkte jeweils nach ihrem Gegenstand, ihrer Dauer und der Art Finanzierung differenziert werden. Im Zuge der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb der Hochschulen, die von der WRK begrüßt wird, hält sie es für dringend geboten, daß auch die Hochschulen selbst entsprechende Verbundsysteme für Schwerpunkte untereinander entwickeln. Besonderen Wert legt sie auf die Prüfung der Frage, ob und wie die nicht der eigenen Hochschule angehörenden Forscher des gleichen Fachgebietes an den Schwerpunkten beteiligt werden können. Die notwendige Beschränkung auf eine begrenzte Zahl von Schwerpunkten an den einzelnen Hochschulen dürfe nicht zu einem starren System führen. Eine regelmäßige Überprüfung sollte mit dem Ziel vorgenommen werden, neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen und erschöpfte Forschungsbereiche aus der besonderen Förderung herauszunehmen. In diesem Bereich sollten sich die Hochschulen selbst verantwortlich fühlen und gegebenenfalls entsprechende Senatskommissionen einrichten. Bei der Finanzierung sind nach Ansicht der WRK tunlichst Kollisionen mit dem normalen Finanzbedarf der Hochschulen zu vermeiden. Auszugehen ist davon, daß die Schwerpunkte innerhalb der Hochschulen gewachsen und mit ihrem Grundbedarf haushaltsmäßig dort verankert sind. Der für ihre intensive Pflege erforderliche außerordentliche finanzielle Aufwand müßte durch eine mit der Forschungsförderung betraute Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft getragen werden.

Den vom Wissenschaftsrat vorgesehenen Weg der Anmeldung von Schwerpunkten durch die Hochschulen hält die WRK für richtig, bittet jedoch den Wissenschaftsrat, den

Hochschulen baldmöglichst eine Zusammenstellung aller vorgeschlagenen Schwerpunkte zu übermitteln. In strittigen Fällen sollten die interessierten akademischen Gremien eine Übereinkunft über die Verteilung und Koordinierung der Aufgaben erzielen, bevor der Wissenschaftsrat endgültig über die Einrichtung dieser Schwerpunkte beschließt.

Nach einer Anregung der WRK sollte der Wissenschaftsrat zusammen mit den anderen Wissenschaftsorganisationen prüfen, auf welche Weise mit Ministerien und Stiftungen eine Abstimmung in der Zielsetzung und in der Finanzierung von Forschungsvorhaben erfolgen kann.

Eingangs hatte Prof. Rüegg darauf hingewiesen, daß die Empfehlung zur Beteiligung am europäischen Schwerpunktprogramm absichtlich noch allgemein gehalten sei, um künftige Beratungen auf Grund der Konferenz der Forschungsminister der OECD-Staaten und der neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht zu präjudizieren. Demgemäß begrüßt die WRK die Bemühungen der OECD, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung in Europa zu verstärken. Eine Beteiligung deutscher Forschungseinrichtungen wird empfohlen. Dabei wird eine Abstimmung der von mehreren europäischen Organisationen in diesem Zusammenhang verfolgten Pläne untereinander befürwortet.

Zur Frage der korporationsrechtlichen Sicherstellung von im Ausland tätigen Wissenschaftlern in der Heimat empfiehlt die WRK die Einrichtung einer Senatskommission oder eines Senatsbeauftragten an jeder Hochschule. Von diesen Stellen aus sollten die Probleme mit den Fakultäten und den Ministerien verhandelt werden, um die Weiterführung der wissenschaftlichen Laufbahn in Deutschland und die finanzielle Altersversorgung der im Ausland tätigen Wissenschaftler zu sichern.

Die Plenarversammlung bestätigte den Beschluß des Länderausschusses, den Rektoren der acht „klassischen“ Universitäten Ostdeutschlands (Berlin/Ost, Dresden, Freiberg i. S., Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock) regelmäßig die in Westdeutschland erfolgten akademischen Wahlen anzuzeigen.

Neu aufgenommen in die WRK wurde die Medizinische Hochschule Hannover, als beitragspflichtiges Mitglied.

Die LVI. Plenarversammlung der WRK soll vom 5. bis 7. Juli 1966 in Hamburg stattfinden. Gleichzeitig hat der DAAD seine Mitgliederversammlung für den 8. Juli 1966 ebenfalls nach Hamburg einberufen.

Für die Amtszeit vom 1. August 1966 bis 31. 7. 1967 wurde Prof. Dr. jur. R. Sieverts/Hamburg als Präsident der WRK wiedergewählt. Über den Ausbau der Hochschulen 1966 machte der Präsident, Prof. Sieverts, vor der Plenarversammlung richtungweisende Ausführungen, die wir abschließend auszugsweise wiedergeben:

In der ersten amtlichen Verlautbarung über unser Memorandum ist seitens der Bundesregierung bedauert worden, daß das Memorandum sich nur an den Bund richte und nicht auch gleichzeitig an die Länder. Der Grund für diese „Einseitigkeit“ liegt einmal darin, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz sich nicht in Landesangelegenheiten einmischen möchte, sondern das den Landesrektorenkonferenzen und wo es eine solche nicht gibt, der Universität des betreffenden Landes überläßt. Die WRK hat aber ihren Mitgliedshochschulen empfohlen, sobald wie möglich parallele Aktionen in den Ländern einzuleiten. Einseitig mußte die WRK in ihrem Memorandum aber auch aus dem Grunde bleiben, da es ihr nicht möglich war, in so kurzer Frist Unterlagen über die darin vorgesehenen Beiträge für die Wissenschaftsförderung zu erhalten. Sie ist aber bemüht, über ihre Mitgliedshochschulen auch hierüber eine zuverlässige Übersicht zu bekommen.

Der zweite Einwand, der seitens der Bundesregierung gegen unser Memorandum erhoben worden ist, geht dahin, daß die Länder Bauprojekte begonnen hätten, ohne sie vom Wissenschaftsrat begutachten zu lassen und ohne sich rechtzeitig davon zu überzeugen, ob für sie eine Bundeshilfe erwartet werden könne. Die WRK kann dazu keine abschließende Stellung nehmen, weil ihr die Unterlagen fehlen, diese Behauptung nachzuprüfen. Ihres Wissens melden die Länder solche Bauprojekte, für die sie mit einem Bundeszuschuß rechnen, beim Wissenschaftsrat an. Dadurch erhält auch der Bund durch seine Vertreter rechtzeitig Kenntnis. Durch die Vertreter der Länder im Wissenschaftsrat bekommen die Länder zu wissen, welche dieser Projekte vom Wissenschaftsrat als zur Zeit förderungswürdig anerkannt werden oder nicht. Aus einer Mitteilung des Wissenschaftsrates ist bekannt, daß die Länder für das Haushaltsjahr 1966 vom Bund eine Beihilfe von 650 Mio. DM auf diese Weise erbeten haben; der Wissenschaftsrat hat die Liste der Anmeldungen der Länder auf die seines Erachtens vordringlichen Projekte in einer Gesamthöhe von 530 Mio. DM zusammengestrichen. Es ist schließlich zu fragen, ob denn nicht die Länder wie auch der Wissenschaftsrat mit einer größeren Steigerungsrate des Bundeszuschusses für Hochschulbauten im Haushaltsjahr 1965 und für die folgenden Jahre rechnen durften, nachdem die Bundesregierung selbst in ihrem Forschungsbericht I im Januar 1965 solche Steigerungsraten für notwendig erklärt hatte.

In dem Memorandum sind die Folgen skizziert worden, die eintreten werden, wenn es bei dem Betrag bleibt, der in den Titel 600 des Regierungsentwurfes des Haushaltes für 1966 eingesetzt worden ist. Inzwischen ist die sog. „Negativliste“ von der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates bekanntgegeben worden, in der alle Projekte aufgeführt sind, die der Wissenschaftsrat zwar für sehr vordringlich hält, aber schweren Herzens absetzen mußte, weil dafür der in den Entwurf des Bundeshaushaltes eingesetzte Betrag von 350 Mio. Bundeszuschuß nicht reicht. Diese Liste hat die Befürchtungen sehr illustrativ bestätigt, die in dem Memorandum nur skizziert werden konnten. Das Memorandum der Westdeutschen Rektorenkonferenz und die „Negativliste“ des Wissenschaftsrates machen zusammen die Katastrophe sichtbar, die schon im Haushaltsjahr 1966 sich abzeichnen wird, wenn nicht noch im letzten Stadium der Beratungen des Bundeshaushaltes der Titel 600 aufgestockt wird.

Es gibt Stimmen, die die Hoffnung ausgesprochen haben, daß die Länder nunmehr die Bauvorhaben auf der „Negativliste“ des Wissenschaftsrates gleichwohl durchführen würden. Das mag nur dem einen oder anderen finanzstarken Lande möglich sein, aber die sog. finanzschwachen Länder haben schon verlauten lassen, daß sie es nicht werden ermöglichen können.

Eine auch nur vorübergehende Verzögerung des Ausbaues der Hochschulen, die schon 1965 sichtbar wurde, bedeutet nicht weniger, als daß der großartige Anlauf des Ausbaues in personeller, baulicher und sachlicher Ausstattung aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 sehr rasch völlig verstanden wird, ein Plan, der zum Ziel hatte, den in der Zeit von 1933 bis 1945 entstandenen Nachholbedarf der wissenschaftlichen Forschung und Lehre möglichst bald zu befriedigen und damit den Anschluß an die Entwicklung der Wissenschaft im Ausland wiederzugewinnen, wo er verloren gegangen war, und zu halten, und womöglich wie vor 1933 in einigen Wissenschaftsgebieten wieder führend zu werden. Gewiß bedürfen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 dringend der Überprüfung, weil verschiedene Annahmen — vor allem die Schätzungen der Studen-

tenzahlen in den nächsten Jahren — von der Entwicklung nicht bestätigt worden sind. Ein neuer Plan mit Empfehlungen für die nächsten sechs Jahre ist nötig und unsere Kollegen im Wissenschaftsrat arbeiten ja unter der souveränen Leitung von Herrn Leussink mit Hochdruck an ihnen.

Bei der Suche, an welcher Stelle im Bundeshaushalt noch Mittel eingespart werden können, um sie dem Etat des Bundesforschungsministers Titel 600 zuzuschlagen, dürfte der Etat dieses Ministeriums selbst kaum ergiebig sein. Denn auch die Weltraumforschung und die Atomforschung sind mit den Beträgen, wie im Haushalt für sie vorgesehen, keineswegs reichlich dotiert. Ganz abgesehen davon, daß viele dieser Mittel durch internationale Verpflichtungen gebunden sind.

Aber gerade diese Überlegungen zeigen, daß der ganzen Situation der Wissenschaftsförderung nicht mehr mit Palliativmitteln zu helfen ist, sondern nur durch eine politische Entscheidung dahin, daß man ihr unter den Staatsausgaben den Platz unter den vorrangigsten Aufgaben gibt und das für eine Reihe von Jahren verbindend festlegt. Im Wissenschaftsrat ist man sich wohl darüber einig, daß der Nachholbedarf für die bestehenden Hochschulen bis zum Jahre 1972 einen Gesamtbetrag von 10,5 Milliarden DM erfordert, jährlich also eine Summe von 2 Milliarden, von denen die Länder 1 Milliarde aufzubringen hätten. Das bedeutet, daß der Bund ab 1967 eine Milliarde DM als Bundeszuschuß für die Wissenschaftsförderung bereitstellen muß. Bei einem gegenwärtigen Brutto-Sozialprodukt von etwa 460 Milliarden DM sind das keine astronomischen Summen für eine so bedeutsame Zukunftsinvestition, die dem gesamten Volk und seiner Wirtschaft zugute kommt. Nur wenn solche Beträge eingesetzt werden, werden die Hochschulen bis 1972 so mit ausgebaut werden können, daß sie den von diesem Jahr ab mit Sicherheit zu erwartenden großen Zuwachs von Studienanfängern bewältigen und gut ausbilden können, ohne zu dem Mittel der Zulassungsbeschränkung greifen zu müssen, weil Lehrkräfte, Lehrmittel und Räume nicht genügend zur Verfügung stehen. Der Zeitraum von sechs Jahren ist äußerst knapp, so daß auch nicht ein Jahr lang mit dem Beginn neuer Hochschulbauten ausgesetzt werden darf. Ganz abgesehen davon, daß diese Bauten auch deshalb dringend nötig sind, um die an vielen Hochschulen und vielen Fakultäten trotz vieler Verbesserungen in den letzten Jahren immer noch bestehenden ungunstigen Forschungs- und Studienbedingungen zu normalisieren.

Die Form der Wissenschaftsförderung wird nur dann der Eigengesetzlichkeit von wissenschaftlicher Forschung und Lehre gerecht, wenn man auf diesem Gebiet in irgendeiner Form einen dreijährigen Etat vorsieht; wenn man ferner die Bestimmungen der Haushaltsordnungen des Bundes und der Länder für die Wissenschaftsfinanzierung sachgerechter gestaltet, z. B. durch Vermehrung der Zahl der Etat-Gruppen, bei denen eine gegenseitige Deckungsfähigkeit möglich ist. Für alle Reformen gibt es schon Vorbilder im Ausland, z. B. in der Schweiz und in England, aber auch in der Bundesrepublik (in Gestalt der langfristigen Finanzplanung für den Straßenbau).

In wenigen Tagen wird der sog. Troeger-Ausschuß dem Bundeskanzler seine Denkschrift über die Finanzreform im Verhältnis von Bund und Ländern überreichen. Es gibt Stimmen, die raten, auch mit der Reform der Finanzierung der Wissenschaft und der Hochschulen zu warten, bis diese Finanzreform durchgeführt ist. Darauf gibt es nur eine Antwort seitens der Wissenschaft: Sie kann bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr warten, denn es können Jahre darüber vergehen, bis Bund und Länder sich auf eine Finanzreform geeinigt haben. Hier und jetzt muß der Wissenschaft geholfen werden, die Änderung der Formen der Wissenschaftsfinanzierung muß spätestens schon in den Haushalten für 1967 durchgeführt sein. Das ist eine schwierige politische und finanztechnische Aufgabe. Ich meine, die wissenschaftlichen Zentralorganisationen und die Hochschulen sollten die finanzwissenschaftlichen Experten in ihren Kreisen bitten, ebenfalls darüber nachzudenken und mit Vorschlägen zu helfen.

Parallel zu diesen Bemühungen sollten Bund und Länder sich zu einer gemeinsamen Initiative sobald wie möglich treffen, ein neues Verwaltungsabkommen über die Finanzierung des Hochschulbaus bei den bestehenden und für die neuen Hochschulen abzuschließen. Dabei sollten sich Bund und Länder nicht auf ein starres Prinzip wie etwa 50 zu 50 festlegen, sondern die Quoten flexibler gestalten.

In der gegenwärtigen Diskussion über den Hochschulbau und seine Finanzierung ist aus den Fraktionen des Bundestages schon oft gefragt worden, ob der Hochschulbau nicht rationeller und damit billiger gestaltet werden könnte; ob die Hochschulen nicht selbst dazu Vorschläge machen können? Es ist in der Öffentlichkeit so gut wie gar nicht bekannt, daß in den Technischen Hochschulen Stuttgart und Aachen besondere Institute seit langem sich mit dieser Frage befassen und eng mit einer besonderen Kommission des Wissenschaftsrates zusammenarbeiten, die sich dieses Problems besonders angenommen hat; noch im Laufe dieses Jahres haben wir Empfehlungen dieser Kommission zu erwarten. Es ist aber bisher nicht nur bei Überlegungen geblieben, sondern es wird in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen schon mit den neuen Baumethoden gearbeitet, die insbesondere von unserem Kollegen Linde/Stuttgart entwickelt worden sind. Es handelt sich um neue Methoden der Vorfabrikierung und des Einsatzes von Maschinen, aber auch der Bauorganisation, die es erlauben, die bisherigen Kosten für Hochschulbauten um 20% zu senken, wenn ein bestimmtes Bauvolumen in einer bestimmten Zeit eingehalten wird. Sowie aber Geldmangel dazu nötigt, die Fertigstellungstermine der mit solchen Methoden begonnenen Bauten hinauszuschieben, etwa auf das doppelte an Zeit, werden diese Verfahren nicht billiger, sondern teurer. Vor diesem Faktum steht man jetzt in Bochum bei der Entscheidung, ob man die Bauzeit, die bisher vorgesehen war, strecken soll, um den gegenwärtigen Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zu entlasten. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß für den Hochschulbau bereitgestellte Grundstücke, die der Staat im Wege der Enteignung an sich gebracht hat, je nach jenen Eignungsgesetzen des Landes unter Umständen dem früheren Eigentümer zurückgegeben werden müssen, wenn sie der Staat nicht in angemessener Frist dem Enteignungszweck zuführt.

Wir haben aus der Presse erfahren, daß der Herr Bun-

Abiturienten sollen keine Zeit verlieren

Die Abiturienten des Kurzschuljahres 1966 sollen so wenig Zeit wie möglich bis zum Dienstantritt in der Bundeswehr verlieren. Auf diesem Grundsatz einigten sich die Kultusminister der Länder und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel in Saarbrücken. Die Kultusminister haben einen Antritt des Wehrdienstes zum 1. Januar 1967 in den Ländern mit Kurzschuljahren als zweckmäßig angesehen.

Nach dem Beschluß der Konferenz soll künftig der Studienstiftung des Deutschen Volkes in allen Bundesländern 2,5 Pfennig je Einwohner zur Verfügung gestellt werden. Die Konferenz erörterte auch zahlreiche hochschulpolitische Fragen, über die der „Hochschul-Dienst“ in seiner nächsten Ausgabe berichten wird (wegen der Osterfeiertage mußte der Redaktionsschluß dieser Ausgabe aus technischen Gründen vorverlegt werden).

deskanzler bei seinem letzten Besuch bei dem Präsidenten der USA Vereinbarungen über eine Beteiligung der deutschen Wissenschaft nicht nur an der Weltraumforschung, sondern auch an der Weltraumfahrt vereinbart haben soll. Einzelheiten dieser Vereinbarung sind noch nicht bekannt. Aber die Vereinbarung als solche zeigt, daß offenbar auch Außenpolitik ohne Wissenschaftspolitik nicht mehr möglich ist. Um an solchen Projekten der Großwissenschaft international mitwirken zu können, muß man über eine sehr große nationale Basis von wissenschaftlichen Forschungen und damit auch Wissenschaftlern verfügen. Das heißt aber: Über eine genügende Zahl von Hochschulen, die personell, baulich und mit Sachmitteln vorzüglich ausgestattet sind. Auch von diesen weltweiten Aspekten her erhält das Memorandum der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu dem Kapitel 31, Titel 600 des Bundeshaushaltes seine Rechtfertigung und Dringlichkeit.

Neue Wege der Erwachsenenbildung

Zusammenarbeit mit den Hochschulen — Forschungsinstitut gefordert

HD — Fragen der Fortentwicklung der Erwachsenenbildung und des Volkshochschulwesens fanden in der bildungspolitischen Diskussion gegen das Jahresende 1965 stärkeres Interesse als bisher. In Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein versuchten Kulturpolitiker neue Wege für die Erwachsenenbildung zu entwickeln. Besonderes Interesse fand dabei die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und den Institutionen und Organisationen der Erwachsenenbildung.

Baden-Württemberg

Prof. Dr. Walter Erbe, FDP-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, hatte gefordert, die Pädagogische Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung des Deutschen Volkshochschulverbandes zu einem Forschungsinstitut für Erwachsenenbildung auszubauen. Die FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg hat beantragt, die Pädagogische Arbeitsstelle in Zusammenarbeit mit dem Bund und den übrigen Ländern in die Lage zu versetzen, sich als unabhängiges Forschungsinstitut zu konstituieren. Erbe empfahl den Abschluß eines Verwaltungsabkommens zwischen den Ländern und dem Bund. Er wies darauf hin, daß sich die noch sehr spärlich vorhandenen Hochschulinstitute und Seminare für Erwachsenenbildung ebenfalls mit Vorrang der Ausbildung von Nachwuchskräften für Lehraufgaben in der Erwachsenenbildung annehmen müßten. Das neue Forschungsinstitut soll sich nicht Aufgaben der Ausbildung, sondern der Bildungsforschung widmen.

Niedersachsen

In Niedersachsen soll dem Landtag, wie Kultusminister Langeheine mitteilte, ein Erwachsenenbildungsgesetz vorgelegt werden. Unabhängig von diesen Gesetzesarbeiten bereitet das Kultusministerium Pläne für Studienwege für hauptberufliche Dozenten und Mitarbeiter der Erwachsenenbildung vor. Einem Vorschlag des Senats der Pädagogischen Hochschulen Niedersachsens folgend wird an der Pädagogischen Hochschule Hannover 1967 ein Institut für Erwachsenenbildung errichtet werden. In Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen soll dieses Institut der

Erforschung der mit der Erwachsenenbildung gegebenen Probleme und der Ausbildung hauptamtlicher Lehrkräfte für die Erwachsenenbildung dienen. Für hauptamtliche Lehrkräfte der Erwachsenenbildung ist ein Studium von mindestens acht Semestern vorgesehen.

Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen möchte Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat die Volkshochschulen und das Erwachsenenbildungswesen zu einem „Dritten Bildungsweg“ fortentwickeln. Dazu werden verschiedene Pläne erwogen. So sollen bestimmte langfristige Arbeitsgemeinschaften und Seminare mit Zertifikaten der Volkshochschule abgeschlossen werden können. Die Volkshochschule soll Lehrgänge einrichten, in denen die Voraussetzungen für den Zugang zu Schulen mit höheren Bildungsabschlüssen erworben werden können. Dabei wird auch erwogen, die Volkshochschulen bei der Vorbereitung von Nichtabiturienten auf das Studium an Pädagogischen Hochschulen und anderen Wissenschaftlichen Hochschulen zu beteiligen. Bei der zunehmenden Bedeutung des Fernunterrichtes erscheint dem Kultusministerium eine Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit diesen neuen Einrichtungen auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens erforderlich. Die Volkshochschule soll vor allem die Aufgabe des ergänzenden mündlichen Unterrichtes übernehmen.

Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein konstituierte sich die „Studienkommission für Fragen der Erwachsenenbildung“. Kultusminister von Heidebreck erklärte in der konstituierenden Sitzung, die Kommission müsse die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Erwachsenenbildung und Hochschule sowohl in der Forschung als auch in der Lehre prüfen. Die Kommission soll sich zu Fragen der Fortentwicklung der Erwachsenenbildung gutachtlich äußern. Dabei soll insbesondere erörtert werden, welche Formen der Trägerschaft für Einrichtungen der Erwachsenenbildung geeignet sind. Außerdem soll eine Übersicht darüber gewonnen werden, welche Bauten, Räume und Ausstattungen erforderlich sind, um eine Breitenarbeit in der Erwachsenenbildung zu ermöglichen.

18. Kuratoriumssitzung der Stiftung Volkswagenwerk

Am 17. März fand in Dortmund die 18. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk statt. Das Kuratorium bewilligte bei einem Antragsvolumen von 74 Mio. DM in dieser Sitzung insgesamt 24,7 Mio. DM für 25 überregionale und regionale Projekte aus den Geisteswissenschaften, der Medizin und den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Im Jahre 1966 hat die Stiftung damit bisher für insgesamt 78 Projekte 27,6 Mio. DM für Forschung und Lehre bereitgestellt.

Mit 3,945 Mio. DM finanziert und initiiert die Stiftung den Start eines Institutes für Fernstudien in Tübingen. Das Institut wird sich auf das Fernstudium für Lehrer zu folgenden Aufgaben konzentrieren:

- 1) Beseitigung von Engpässen in besonderen Mängelfächern (Sprachen, Mathematik).
- 2) Erwerb zusätzlicher Lehrberechtigungen als Basis zur Aufstiegsmöglichkeit.
- 3) Ergänzung des Hauptstudiums durch Fernstudium während der Berufspraxis.
- 4) Lehrerfortbildung.

Das Institut kann die Funktion einer Koordinationsstelle in der Bundesrepublik für Fragen des Fernstudiums übernehmen.

Das Projekt ist mit dem Kultusminister abgestimmt, die Universität Tübingen ist zur Kooperation bereit. Der Kultusminister prüft die Frage der Änderung von Prüfungsvorschriften und Laufbahnordnungen. Die Zusammenstellung des wissenschaftlichen Mitarbeiterstabes und der Kauf eines für die Institutsarbeit geeigneten Gebäudes sind eingeleitet.

Eine weitere Initiative der Stiftung bedeutet die Startfinanzierung (150 000 DM) einer Koordinierungsstelle für gegenwartsbezogene Ostasienforschung. Die Ostasienforschung wird bisher von wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik nur vereinzelt gepflegt. Die Koordinierungsstelle, deren Planung eine Reihe von Gesprächen im Fachkreis voranging, wird von Dr. Grossmann,

Direktor des Instituts für Asienkunde in Hamburg, aufgebaut.

Mit 2,29 Mio. DM wird die Errichtung eines Seuchenlaboratoriums für das Heinrich-Pette-Institut/Hamburg finanziert. 2 Mio. DM wurden für Erweiterungsbauten für die Forschungsarbeiten der schweißtechnischen Anstalten in Duisburg und München bewilligt.

In Abstimmung mit dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung wird DESY, das deutsche Elektronen-Synchrotron, in Hamburg gefördert: Es wurden 3,75 Mio. DM für die Unterbringung eines vom Wissenschaftsministerium finanzierten 300 mev-Elektronen-Positronen-Injektorbeschleunigers reserviert.

Gemeinsam mit der Thyssen-Stiftung finanziert die Stiftung Volkswagenwerk (mit 200 000 DM) ein Gemeinschaftsprojekt griechischer, türkischer und deutscher Wissenschaftler. Es handelt sich um die Erstellung einer Pilot-Studie zu wasserbaulichen Problemen im griechisch-türkischen Maritsa-Tal. Die wissenschaftliche Leitung hat Professor Wilbrandt/Göttingen.

Eine Vorfinanzierung in Höhe von 610 000 DM zum Ausbau der chirurgischen Universitätsklinik Köln (Professor Heberer) gibt die Voraussetzung für Forschungsarbeiten, insbesondere zum Herzklappenersatz. Die experimentelle Arbeitsgruppe wird von Professor Bretschneider geleitet. Das Institut für Kybernetik, Pädagogische Hochschule Berlin, Professor Frank, erhält 349 000 DM als Starthilfe für eine Arbeitsgruppe, welche Zusammenhänge zwischen Kybernetik und programmiertem Lernen erforscht.

Das Max-Planck-Institut für Metallforschung in Stuttgart erhält ein Höchstspannungs-Elektronenmikroskop (950 000 DM) für die Festkörperforschung. Das Gerät wird auch Gastforschern zur Verfügung stehen.

Aufgabe der privaten Stiftung Volkswagenwerk ist die Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre. Ihr Kapital beträgt rund 1,1 Mrd. DM.

ELDO-Programm in der Krise

Revisionswünsche der britischen Regierung — Pariser Konferenz entscheidet

HD — Die ELDO-Organisation für den Bau und die Entwicklung von Raumfahrzeugträgern in Europa — ist in eine Krise geraten. Die britische Regierung hat in Memoranden an die übrigen Mitgliedstaaten Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Fortführung des ELDO-Anfangsprogramms angemeldet. Dieses Anfangsprogramm sah vor, daß auf der Grundlage der britischen Rakete „Blue streak“ eine dreistufige Rakete „Europa I“ mit einer zweiten französischen und einer dritten deutschen Stufe entwickelt werden sollte. Der Start dieser Forschungsrakete sollte 1968 von Australien aus erfolgen.

Die britische Regierung begründete ihre jetzigen Bedenken vor allem mit den erheblich gestiegenen Kosten des Programms. Ursprünglich waren rund 800 Mio. DM veranschlagt; die Kosten belaufen sich aber jetzt auf rund 1,4 Milliarden DM. Großbritannien hatte fast 40 Prozent der Finanzierung des Gesamtprogramms zu tragen, während sich die übrigen Summen auf Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, die Niederlande und Belgien verteilen. Die britische Regierung entschloß sich zu ihrem Memorandum, nachdem der britische Staatshaushalt und die Handelsbilanz in eine Zwangslage gekommen waren. Die Bundesregierung will, wie Forschungsminister Stoltenberg in einem Pressegespräch in Bonn erklärte, an dem Programm festhalten. Er machte darauf aufmerksam, daß schon 75 Prozent der veranschlagten Summen entweder ausgegeben oder fest zugesagt worden seien. Angesichts dieser weit fortgeschrittenen Entwicklung sei es unzweckmäßig, das Anfangsprojekt der ELDO aufzugeben.

Eine Entscheidung über das ELDO-Anfangsprogramm wird eine Regierungskonferenz in Paris Mitte des Monats April fällen. Dabei wird die Entscheidung ganz wesentlich über die Möglichkeiten eines Zukunftsprogramms der ELDO bestimmen. Stoltenberg wies auch darauf hin, daß bei den Pariser Gesprächen zunächst einmal die künftigen Verwendungsmöglichkeiten von europäischen Raketen erörtert werden müßten. Sie kämen als Träger von Forschungssatelliten oder von Nachrichten-, Wetter- oder

Fernsehsatelliten in Frage. Es werde dabei auch die Frage erörtert werden, ob überhaupt die Möglichkeit einer kommerziellen Nutzung einer Europa-Rakete bestehe.

Die Pariser Entscheidung der ELDO-Regierungskonferenz reiche aber über das reine Raketenprogramm hinaus. Eine negative Entscheidung bedeute, daß Europa mit Sicherheit auf ein eigenes europäisches Raketenpotential für friedliche Zwecke verzichte. Nationale Programme — darüber sei man sich in Bonn wie in anderen Städten Europas klar — sind nicht möglich; auch zweiseitigen Projekten würden nur geringe Chancen eingeräumt. Sie dürften sich vor allem auf kleinere Projekte erstrecken. Ein Verzicht auf ein ELDO-Zukunftsprogramm würde aber bedeuten, daß Europa auf dem Gebiet der Raumfahrzeugträger für friedliche Zwecke in die Abhängigkeit von einem amerikanischen Monopol gerate. Darüber hinaus bedeute ein Verzicht auf die technologische Entwicklung beim Bau von Raumfahrzeugen auch den Verzicht auf bestimmte technologische Entwicklungen, die sich beim Bau von Raketen ergäben und für andere Bereiche nutzbar gemacht werden könnten.

Die beteiligte Raumfahrzeugindustrie baue nicht nur Raketen, sondern gewinne auch technische Einsichten, die in anderer Weise zu nutzen seien. Sollte sich jedoch die Regierungskonferenz für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in der ELDO entscheiden, so würden neue finanzielle Belastungen auch für die Bundesrepublik entstehen. Es könne nicht damit gerechnet werden, daß Großbritannien wie bisher 40 Prozent der Lasten trägt.

In dem Bemühen, allen unseren Abonnenten, besonders aber denjenigen, die die Jahrgänge des Hochschul-Dienstes binden lassen, das Auffinden bestimmter Themen zu erleichtern, haben wir im vergangenen Jahr begonnen, auch Jahresregister älterer Jahrgänge zu erstellen. Dieser Ausgabe ist das Register des Jahres 1962 beigelegt.

Aus der Forschung

Im Institut für Hämatologie der Gesellschaft für Strahlenforschung (München), das unter Leitung von Professor Dr. Walther Stich steht, gelang einer Arbeitsgruppe die automatische Silberkornzählung in der Einzelzell-Autoradiographie mit einem speziellen Zytrophotometer. Die neue Zählmethode stellt infolge der durch Automation erzielten Geschwindigkeit und Präzision gegenüber der bisherigen zeitraubenden und mit Fehlern belasteten visuellen Zählung einen wesentlichen Fortschritt der quantitativen Autoradiographie dar, der für die weitere Erforschung des Stoffwechsels und der Kinetik von Zellen grundlegende Bedeutung besitzt.

★

Hamburg erhält ein Forschungszentrum für den deutschen Schiffbau. Es soll Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des Schiffbaues im weitesten Sinne fördern, d.h. auch Schiffsmaschinenbau, Schiffselektrotechnik und andere Aufgabenbereiche. Es wird Forschungs- und Entwicklungsprogramme aufstellen, Forschungsaufträge vergeben und die Forschung auf dem Gebiet des Schiffbaues koordinieren. 16 deutsche Werften haben bereits ihre Beteiligung an diesem Zentrum zugesagt. Die Mitgliedschaft soll allen an der Schiffbauforschung interessierten Kreisen der Wissenschaft, der öffentlichen Hand, der See- und Binnenschifffahrt, der Zulieferindustrie usw. offenstehen.

★

Die Europäische Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) hat im November 1965 beschlossen, den Auftrag für die Entwicklung und den Bau des Forschungssatelliten HEOS-A an die Firma Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG (München) als Hauptauftragnehmer zu vergeben. Zu den Unterauftragnehmern gehört neben englischen, französischen und belgischen Firmen auch die Messerschmitt AG. HEOS-A ist ein Satellit mit einer sehr exzentrischen Umlaufbahn, deren größte Erdnähe 193 km und deren größte Erdoberfläche 230 000 km betragen soll. Der Satellit soll ein Gewicht von etwa 100 kg haben. Die geplante Nutzlast von 23,63 kg dient zu 8 wissenschaftlichen Experimenten, die sich auf die Messung des Elektronen- und Protonenflusses und seiner Wechselwirkung mit magnetischen Feldern im interplanetaren Raum beziehen. Außerdem soll durch ein Experiment des Max-Planck-Institutes für Physik und Astrophysik das Verhalten einer künstlichen Ionenwolke im interplanetaren Raum untersucht werden. Der Start soll 1968 erfolgen.

★

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat Prof. Kaiser, dem Direktor des Instituts für Spektrochemie und angewandte Spektroskopie in Dortmund, und Dr. Schrader ein Massenspektrometer neuester Bauart und ein Kernresonanzspektrometer zur Verfügung gestellt. Mit diesen modernen Großgeräten, die mehr als 600 000,— DM kosten, sollen die Forschungsarbeiten des Instituts gefördert werden, die in erster Linie der Erforschung und Weiterentwicklung analytischer Methoden für die chemische Forschung dienen. Durch die Ermöglichung solcher Querschnittsaufgaben setzt die Forschungsgemeinschaft zugleich ihre Bemühungen fort, auf verschiedene Weise und nicht zuletzt durch die Entwicklung moderner physikalischer Methoden die analytische Chemie besonders zu fördern.

★

Das Göttinger Institut für organische Chemie (Direktor: Professor Dr. Hans Brockmann) ist das einzige Chemie-Institut in der Bundesrepublik mit einer mikrobiologischen Abteilung, die der Abteilung für Naturstoffchemie angegliedert ist. Die hier tätigen Wissenschaftler untersuchen in langwierigen Reihen Naturstoffe, die hauptsächlich aus Streptomyceten gewonnen werden.

Die Abteilung besitzt schon jetzt einige tausend isolierter Bakterienstämme von Erdproben aus aller Welt als Sammlung. Zweck der Untersuchungen ist nach Angaben von Professor Brockmann das Auffinden von therapeutisch wirkenden Substanzen. Man sucht nach neuen Antibiotica, vor allem auch nach Cytostatica. Auf der Suche nach krebswirksamen Substanzen bei Mikroorganismen hat man rund ein Dutzend bisher gefunden. Trotzdem bleibt die

Frage, ob die Natur tatsächlich eine wirksame Substanz zur Bekämpfung des Krebses bietet oder ob man sie synthetisch herstellen muß, zunächst noch völlig offen.

★

Am 19. Februar lief das Forschungsschiff „Meteor“ vom Hamburger Hafen zu seiner 3. Forschungsfahrt aus. Das Schiff fährt diesmal allein im Auftrage des Deutschen Hydrographischen Instituts in den Nordatlantik, um Unterlagen darüber zu erarbeiten, ob Bedenken gegen die Versenkung verpackter radioaktiver Abfälle im Meer begründet sind.

Diese Untersuchungen werden ohne radioaktives Versuchsmaterial in einem Seegebiet nordöstlich der Azoren außerhalb der Schifffahrtswege auf 4500–5500 Meter Wassertiefe durchgeführt. Mit Tiefenstrommessern wird die Meeresströmung gemessen. Die Temperaturverteilung wird bestimmt. Zur chemischen Untersuchung werden Boden- und Wasserproben entnommen. Strahlenmessungen von Bodenproben und Bodenprofilmessungen sind vorgesehen. Versenkungsbehälter werden auf ihre Druckstabilität geprüft.

Daneben hat das Deutsche Hydrographische Institut Arbeitsplätze für Wissenschaftler anderer Institute zur Verfügung gestellt. Angehörige der Bundesforschungsanstalt für Fischerei und des Instituts für Hydrobiologie und Fischerei der Universität Hamburg werden in verschiedenen Tiefen Plankton, Kleinlebewesen und Fische fangen, um für die Fischerei Hinweise auf Nahrung und Vorkommen der Fische zu erhalten.

Der Deutsche Wetterdienst — Seewetteramt Hamburg — ist mit Wetterballonaufstiegen beteiligt, durch die der Zustand und die Bewegung der Atmosphäre bis in große Höhen hinauf festgestellt werden sollen. Die Fahrt steht unter Leitung von Regierungsrat Dr. Hans Kautsky, Referent für „Chemie des Meeres“ im Deutschen Hydrographischen Institut. Kapitän Walter Feldmann führt die „Meteor“, die am 31. März in Hamburg zurückerwartet wurde.

★

Die Firma Phoenix-Rheinrohr und die Europäische Atomgemeinschaft haben einen Forschungsvertrag abgeschlossen, der die Entwicklung und Untersuchung von hochfesten Stahlwerkstoffen umfaßt. Aus ihnen soll ein Modell eines Reaktordruckgefäßes in einer Vollwandkonstruktion mit einer zum Durchmesser des Behälters relativ großen Wandstärke hergestellt werden. Dabei sollen die zu entwickelnden Stähle für eine günstige Auslegung der Wanddicken besonders gute Warmfestigkeit und eine entsprechend hohe Unempfindlichkeit gegenüber Sprödbrechungen aufweisen. Die Entwicklung von Kernkraftwerken hat diese Untersuchungen nötig gemacht, da sie zu ständig größer werdenden Druckgefäßen mit entsprechend großen Wanddicken bei verhältnismäßig komplizierter Gestalt des Gefäßes zwingt.

Trotz des hohen Standes der heutigen Schweißtechnik treten bei der Fertigung von Reaktordruckgefäßen unvermeidbare Formabweichungen von der zylindrischen oder kugelförmigen Sollform auf. Das Modell soll daher durch inneren Überdruck einer in ihrer Wirkung überwachten Beanspruchung unterworfen werden.

Ferner soll untersucht werden, ob es möglich ist, auf diese Weise nicht nur das Werkstoffvolumen gleichmäßig zu beanspruchen, sondern auch die Betriebssicherheit im Hinblick auf die Erfordernisse des Verbundbetriebes zu erhöhen.

★

Im Januar wurde die Druckprobe des Reaktorumschließungsgebäudes des 250 MWel-Kernkraftwerks Lingen erfolgreich vollzogen. Um den Prüfdruck von 4,7 at Überdruck zu erreichen, wurden 200 t Luft in das auf der Baustelle zusammengeschweißte Gebäude von 30 m Außendurchmesser und 63 m Höhe gepumpt. Auch die Prüfung der Dichtigkeit ergab keine Beanstandungen. Besonders beobachtet wurden dabei die vielen Durchdringungen des Behälters: die drei Zugangsschleusen (die größte mit einem Durchmesser von 3,7 m), 39 Stützen für Rohrleitungen und 560 Durchbrüche für Kabel. Die in Lingen verwendeten Feinkornstahlbleche haben eine Dicke von 30 mm.

Den Wissenschaftlern des Instituts für Plasmaphysik der Max-Planck-Gesellschaft gelangen wesentliche Fortschritte bei den Versuchen der „Zähmung“ der Wasserstoff-Kernenergie. Sie erreichten die bisher höchsten Temperaturen in Aufheizversuchen.

In anderen Experimenten stellten sie zum ersten Mal einen stabilen Plasmaring her, allerdings nur bei relativ geringen Temperaturen. Wenn es durch weitere Untersuchungen gelingt, beide Resultate zu vereinen, ist das Ziel des großen Forschungsprojektes wesentlich näher gerückt.

Das Institut für Plasmaphysik der Max-Planck-Gesellschaft in Garching bei München ist eine der größten wissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik. Hier werden die physikalischen Grundlagen zur Herbeiführung kontrollierter Kernverschmelzungs- oder „Fusions“-Reaktionen erforscht. Bei diesen Kernprozessen wird — ähnlich wie bei den Kernspaltungsprozessen im Uranreaktor — ein gewisser Energiebetrag freigesetzt, der eventuell wirtschaftlich nutzbar gemacht werden kann. Nun finden diese Kernreaktionen nur dann mit einer ausreichenden Häufigkeit statt, wenn die beteiligten Reaktionspartner eine sehr hohe Temperatur — einige hundert Million Grad — besitzen. Bei diesen Temperaturen befindet sich die Materie in einem speziellen gasförmigen Zustand, den man als Plasma bezeichnet.

Bei der Erforschung der physikalischen Grundlagen stehen

die Probleme im Vordergrund, die sich mit der stabilen Einschließung eines Plasmas, seiner Heizung auf die erwähnten Temperaturen und der Messung seiner charakteristischen Zustandsgrößen befassen. Zu ihrer Lösung werden experimentelle Untersuchungen und theoretische Überlegungen durchgeführt.

Bei einem im Garchinger Institut durchgeführten Großexperiment, einem sogenannten Theta-Pinch, wird ein Plasma in einer Quarzröhre erzeugt, durch extrem starke elektromagnetische Kräfte in kürzester Zeit komprimiert und dabei so aufgeheizt, daß die Temperatur der positiv geladenen Ionen, der Atomkerne, etwa 60 Millionen Grad, die der Elektronen etwa 20 Millionen Grad, beträgt. Damit werden in diesem Experiment — verglichen mit ähnlichen Anlagen im In- und Ausland — im Augenblick die höchsten Ionen- und Elektronentemperaturen beobachtet.

In einer anderen Serie von Experimenten wird die Einschließung eines Plasmas in ringförmigen Magnetfeldanordnungen untersucht. Dabei gelang es zum ersten Mal nachzuweisen, daß unter bestimmten Versuchsbedingungen die stabile Einschließung eines Plasmas in der genannten Geometrie möglich ist. Dieses Resultat steht in bisher ungeklärtem Gegensatz zu ähnlichen Experimenten in den USA und der UdSSR und fand bei der von der Internationalen Atomenergiebehörde im September letzten Jahres in Culham (England) veranstalteten Konferenz starke Beachtung.

Kurz berichtet

Gegen eine unsachgemäße Verkürzung der Studienzeit hat sich der Vorsitzende des Verbandes Württemberg-Baden-Pfalz in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Prof. Helmut Friedburg, gewandt. Auch der Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Prof. Dr. Finkelnburg, wandte sich gegen Bestrebungen, durch staatliche Verordnungen in die Ausbildung von Physikstudenten einzugreifen. Beide warnten vor einem Niveauverlust in der Ausbildung durch zu kurze Studienzeiten.

Die Bildungswerbung der „Aktion Gemeinsinn“ zog nach einjähriger Tätigkeit eine erfolgreiche Bilanz ihrer Arbeit. Insgesamt wurden 118 000 Exemplare der Aufklärungsschrift „Lernt eure Schulen besser kennen“ verteilt. In tausenden von Briefen wurden individuelle Fragen beantwortet. Tages- und Wochenzeitungen sowie Illustrierte stellten der Aktion einen kostenlosen Anzeigenraum im Werte von 3,4 Mio. DM zur Verfügung. Die Aktion soll fortgesetzt werden.

Für eine verstärkte Förderung der Grundlagenforschung hat sich die Deutsche Atomkommission eingesetzt. Bundesforschungsminister Dr. Gerhard Stoltenberg zeichnete vor der Kommission, die jetzt zehn Jahre besteht, das Bild ihrer Entwicklung nach. Stoltenberg forderte, künftig der Grundlagenforschung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei müßten vor allen Dingen Hochschulen und Max-Planck-Institute ins Blickfeld kommen. Eine Koordinierung der Arbeiten in den deutschen Kernforschungszentren sei notwendig. Nach den Vorstellungen des Bundesforschungsministeriums sollten drei Reaktortypen entwickelt werden: die natriumgekühlten Schnellbrüter, die dampfgekühlten Schnellbrüter und die thermischen Thoriumbrüter. Die Atomkommission begrüßte die Erhöhung der Bundesmittel für Versuchsreaktoren und Demonstrationskraftwerke. Die Bundesregierung wurde gebeten, eine schnelle Verwirklichung dieser Vorhaben zu garantieren. In das Präsidium der Atomkommission wurde Prof. Dr. Werner Heisenberg gewählt. Ihm gehören außerdem die Professoren Dr. Otto Hahn, Dr. Leo Brandt und Dr. Karl Winnacker an.

Seinen Strukturplan für die Ost-Westfalenuniversität hat Prof. Schelsky kurz nach seiner Rückkehr in den Gründungsausschuß vorgelegt. Die Universität soll bewußt klein gehalten werden. Sie soll weder eine medizinische noch theologische Fakultät erhalten. Zunächst werden die Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen, eine Philosophische und Teile der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Einrichtungen für die empirischen Disziplinen der Naturwissenschaftlichen Fakultät erst zum Abschluß der Gründungsphase entstehen. Die Universität wird an erster Stelle rationaler Forschung dienen, weshalb auf

die vorgesehenen 3200 bis 3500 Studenten relativ viel Lehrpersonal entfallen soll; auf je 30 Studenten ein Ordinariat. Die Forschungsinstitute sollen als Organisationskern mit einem zentralen Forschungsgebiet eingerichtet werden. Schelsky schlägt außerdem die Errichtung eines Zentrums für interdisziplinäre Forschung vor, an dem auch ausländische Gelehrte arbeiten sollen. Dieses Zentrum soll bereits 1967 als erste zentrale Einrichtung entstehen.

Der Grundstein für die Universität Konstanz soll am 1. Juni gelegt werden. Die Berufungsurkunden der neu berufenen Professoren sind am 26. März im Konstanzer Rathaus übergeben worden. Es wird damit gerechnet, daß Immatrikulationen zum Studienjahr 1966/67 vorgenommen werden können. Dieses Studienjahr soll am 15. Oktober beginnen. (siehe unter Personalia, S. 13).

Eine Evangelisch-Theologische Fakultät erhielt die Universität München. Als ein „Ereignis für den gesamten deutschen Protestantismus“ bezeichnete Kultusminister Dr. Ludwig Huber die Gründung der Fakultät. Die Münchener Universität mit rund 23 500 Studenten wird damit über acht Fakultäten verfügen. Zunächst sind für die neue Fakultät fünf Lehrstühle genehmigt worden. In der Endstufe ihres Ausbaus soll die Fakultät zwölf bis fünfzehn Lehrstühle erhalten.

Das Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München soll eine eigene Klinik erhalten. Die Baukosten werden auf rund 12 Mio. DM beziffert. Die Klinik erhält einen Bettenbau für 120 Patienten. Bisher besaß das Institut nicht die Möglichkeit, Kranke stationär zu beobachten.

Das Richtfest für den Neubau einer Strahlenabteilung und eines Personalwohnheimes für die I. Universitätsfrauenklinik fand am 28. Februar 1966 in München statt. Dem Erweiterungsbau im Anschluß an das bestehende Klinikgebäude, der die Strahlenabteilung und die Personalunterkünfte mit rund 190 Betten aufnehmen wird, liegt ein Raumprogramm von rund 3500 qm Nutzfläche zugrunde. Die Kosten des Projekts werden voraussichtlich 9 430 000 DM betragen. Die I. Frauenklinik der Universität München nimmt in der Strahlenbehandlung Karzinomkranke eine führende Stellung ein. Sie verfügt über eine bis auf das Jahr 1912 zurückgehende Überlieferung und steht mit ihren Heilungsziffern unter den großen Krebsbehandlungszentren der Welt an der Spitze. Die Tradition wurde begründet durch Prof. Albert Döderlein, einen Pionier der Strahlentherapie, der die Klinik bis 1934 leitete. Ihm folgte Prof. Heinrich Eymmer in der Leitung der Klinik bis 1954. Unter seinem Nachfolger Prof. Werner Bickenbach leitet seit 1948 Prof. Julius Ries die Strahlenabteilung. 32 000 Tumore sind seit 1912 in der Klinik behandelt worden.

Die Zahl der Neuzugänge beträgt jetzt jährlich etwa 1000. Die Strahlenabteilung verfügt über 100 Betten und 9 Bestrahlungsgeräte.

Positiv beurteilt das bayerische Kultusministerium in seinem Verwaltungsbericht das Departmentsystem für Physik an der Technischen Hochschule in München. Der Ausbau des Departments soll fortgesetzt werden. In diesem Jahre sind zwei neue Lehrstühle vorgesehen. Zugleich soll ein Institutsneubau für 30 Mio. DM errichtet werden. Die Planungen zielen auch auf den Bau eines Laboratoriums für nukleare Regelung und die Fertigstellung des radiochemischen Institutes ab.

Die Luftverunreinigung über dem Bundesgebiet wird in einem Meßprogramm der DFG seit Beginn des Jahres auf allen Stationen geprüft. Fünf Meßstellen auf der Insel Sylt, im Hunsrück, Schwarzwald, Harz und Bayerischen Wald messen die „normale“, kaum verunreinigte Luft. Zwei Stationen in Gelsenkirchen und auf der Friesenheimer Insel bei Mannheim beobachten die Luft in Industriezentren. Gemessen werden Gase (darunter Schwefeldioxyd, Kohlendioxyd, Fluoride und nitrose Gase), Stäube und Aerosole, sowie radioaktive Substanzen und schließlich auch biologische Objekte, wie z. B. die als Erreger von Pflanzenkrankheiten und Allergenen in Frage kommenden Pollen und Sporen in der Luft. Zum Teil sind hierzu besondere Verfahren entwickelt worden, vor allem für die Messung der geringen Konzentrationen auf den Bergstationen. Alle Meßergebnisse sollen zentral ausgewertet und in einer Dokumentation festgehalten werden. Die Wissenschaftler der einzelnen Meßstationen treffen sich regelmäßig zu meßtechnischen Kursen und tauschen ihre Erfahrungen aus.

Eine neue Methode zur Entzifferung alter Papyri, die bisher als unleserlich galten, hat Dr. Anton Fackelmann, Restaurator an der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien, entwickelt. Mit Hilfe einer elektrisch geladenen Platte entfernte er die dünne Oberschicht des Papyrus, die dann die Schrift sichtbar werden ließ. Vor einiger Zeit schon hatte Dr. Fackelmann eine Methode entwickelt, durch die ausgetrocknete und nicht mehr aufzurollende Papyri gerettet werden können. Frischer Papyrus, auf die alten Dokumente aufgetragen, läßt sie wieder weich und biegsam werden. (UNESCO).

Das Forschungszentrum der Dr. Konrad Adenauer-Stiftung hat seine Tätigkeit aufgenommen. Die Bildung eines Forschungsstabes für politische Grundlagenforschung ist vorgesehen. Ein Archiv und eine Dokumentationsstelle befinden sich im Aufbau. Arbeitsgebiete des Forschungsstabes sind vorerst die Außen- und Entwicklungspolitik, die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands, die Gesellschafts-, Kultur- und Sozialpolitik sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Seit dem Sommer 1965 werden Stipendien an hochbegabte und förderungswürdige Studenten der wissenschaftlichen Hochschulen des In- und Auslandes

vergeben. Im Wintersemester 1965/66 erhielten 56 Studenten Stipendien aus Stiftungsmitteln. Die Zahl der Stipendiaten soll im Laufe dieses Jahres auf 100, davon 20 Ausländer, erhöht werden.

Eine 27-Jahrgrenze für Studentenfahrkarten in der Bundesbahn ist vom 1. März an eingeführt worden. Holger Börner, der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag, Holger Börner (SPD), kritisierte, daß diese Altersgrenze eingeführt worden sei. Sie mache sich besonders schwer für Studenten bemerkbar, die vor ihrem Studium einen Wehrdienst abgeleistet hätten oder über den Zweiten Bildungsweg zum Studium gelangt seien.

Eine Studie über eine Jupiter-Sonde hat der Entwicklungsring Nord (AERN) in Bremen, eine Interessengemeinschaft der Firmen Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH in Bremen und Hamburger Flugzeugbau GmbH/Hamburg im Auftrage des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung ausgeführt. Die Studie sieht vor, daß durch eine Rakete eine 650 Kilogramm schwere Sonde mit einer wissenschaftlichen Nutzlast von 100 Kilogramm befördert wird. Sie soll der wissenschaftlichen Forschung des Jupiters dienen. Diese Studie gewinnt aktuelle Bedeutung durch die kürzlich zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard geführten Gespräche über Fragen der Weltraumforschung. Missionen zum Jupiter sind sowohl von der amerikanischen Weltraumbehörde als auch von der Europäischen Organisation für Weltraumforschung erwogen worden. Die Sonde soll im Vorbeiflug am Jupiter eine Reihe von Messungen und Fernsehaufnahmen ausführen. Die Reisedauer beträgt 850 Tage. Die Sonde soll eine Bahn von 1,2 Milliarden km zurücklegen.

Den Robert-Schumann-Preis wird zum ersten Mal die Universität Bonn in Höhe von 25 000,— DM in diesem Jahre verleihen. Mit diesem Preis sollen Europäer ausgezeichnet werden, die durch überragende historische oder staatspolitische Arbeiten wissenschaftlicher oder publizistischer Art der Förderung der europäischen Einheit gedient haben. Der Robert-Schumann-Preis soll das Andenken an den französischen Außenminister Robert Schuman als einen großen Europäer wahren. Er wird alljährlich gemeinsam mit einer bronzenen Robert-Schuman-Plakette verliehen. Die Auszeichnung wurde der Universität Bonn von der Hamburger Stiftung F. V. S. zur Verfügung gestellt. Ein sechsköpfiges Kuratorium wird über die Vergabe des Preises entscheiden. Unabhängig von der Verleihung des Robert-Schuman-Preises durch die Universität Bonn wird die französische Robert-Schuman-Gesellschaft weiterhin eine goldene Schuman-Medaille verleihen, die ebenfalls von der Stiftung F. V. S. gestiftet wurde.

Die 6. Dreiländer-Holztagung wird vom 27. bis 30. April 1966 in Bad Wiessee/Oberbayern stattfinden. Die Tagung wird unter dem Thema „Holzforschung und Bauwesen“ stehen.

Angewandte Physik an der Universität Kiel

Das Institut für Angewandte Physik der Universität Kiel besteht seit 1946. Sein derzeitiger Direktor hat von seinem Studium her zunächst auf dem Gebiet der Atomphysik, dann lange Zeit auf dem Gebiet der Fernseh- und schließlich der allgemeinen Nachrichtentechnik gearbeitet. Mit der Institutsgründung wurde aus diesem Grund darauf hingestrebt, die sich durch diese Techniken für eine wissenschaftliche Forschung neu ergebenden Möglichkeiten auf die ihnen zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien zurückzuführen, um sie auf eine strenge wissenschaftliche Basis zu stellen und im physikalischen Experiment nutzbar zu machen. Diese neue Technik des Experiments, heute häufig als Elektronik, genauer Schaltungselektronik, bezeichnet, wird im Institut auf einem breiten Gebiet wissenschaftlicher Tätigkeit angewandt, das von allgemeinen Fragen der Impuls- und Fernsehtechnik, der Radioastronomie, der Kernphysik, der physikalischen Meereskunde, bis zu Grenzgebieten der Physik in der Physiologie, Medizin und Kybernetik reicht.

Für die studentische Ausbildung wird für Anfänger eine Vorlesung als allgemeine Einführung in die Elektrizität und Wechselstromlehre gelesen. Ein physikalisches Anfängerpraktikum, das als erstes oder zweites Praktikum im dritten oder vierten Semester zu besuchen ist, hat

seine Schwerpunkte auf dem Gebiet der Elektrizität und des Magnetismus sowie der Anwendung elektrischer Methoden in der Meßtechnik.

Für die Studenten im fortgeschrittenen Studium werden Vorlesungen aus den oben genannten Gebieten von den habilitierten Dozenten gehalten. Weiter wird ein Elektronik-Praktikum durchgeführt, das von allen Physikstudenten 4stündig, von denjenigen, die im Institut eine Diplom- oder Doktorarbeit anfertigen wollen, 8stündig zu belegen ist. Ergänzt wird diese Ausbildung durch Seminare, die insbesondere Kenntnisse über elektronische Meßverfahren und Geräte vermitteln sollen.

Einen besonderen Raum nimmt im Institut die Ausbildung der Lehramtskandidaten ein. Für diese wird ein 8stündiges Praktikum mit Seminar für Demonstrationen geboten, in dem die künftigen Lehrer vor allem mit physikalischen Demonstrationen für den Unterricht vertraut gemacht werden. Diese Arbeit des Instituts wird später in einem neugeschaffenen Institut, „Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften“, weiter ausgebaut werden. Neben den Diplom- und Doktorarbeiten werden im Institut auch experimentelle Staatsexamensarbeiten, die auf die Dauer eines Semesters beschränkt bleiben sollen, durchgeführt.

Eine intensive Aufklärung über die Notwendigkeit der Forschung als Voraussetzung für allen weiteren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und die hierfür notwendigen Maßnahmen wird erstmals auf der Grazer Frühjahrsmesse geboten. Eine 200 Quadratmeter große Ausstellungsfläche steht zur Verfügung, um Aufklärung über die an den Hochschulen betriebene Grundlagenforschung und die Zweckforschung in den Industrielaboratorien und den kooperativen Instituten zu geben. Mit der Schau wird eine Anregung des Rektors der Grazer Technischen Hochschule, Prof. Dr. Peter Klaudy, aufgegriffen. Prof. Klaudy hatte die Meinung vertreten, es wäre am besten, die im Budget verfügbaren Mittel für die Forschungsförderung in die Werbung für die Forschung zu investieren, um die Bevölkerung „research-minded“ zu machen.

Einer öffentlichen Ausschreibung freier Lehrkanzeln könne nur insoweit Bedeutung zukommen, als diese den zuständigen Kommissionen einen ergänzenden Überblick über alle in Frage kommenden Kandidaten verschaffen soll. Die Professorenkollegien müßten auf jeden Fall die Freiheit besitzen, sich auch um Kandidaten zu bemühen, die auf die Ausschreibung nicht reagiert haben. Dies stellten übereinstimmend Unterrichtsminister Dr. Piffl-Percevic und die Sprecher des Verbandes der Hochschulprofessoren nach einer Aussprache fest.

Eine der umfassendsten Fachbibliotheken der Welt — eine Mikrofimmbibliothek — wurde von der deutschen Farbenfabrik Bayer-Leverkusen der Technischen Hochschule in Wien als Geschenk überreicht. Auf 3650 Filmrollen von 30 Meter Länge befindet sich die gesamte chemische Literatur vom Beginn bis 1963. Insgesamt sind 240 000 Buchbände, 50 000 Dissertationen und 4 000 regelmäßig erscheinende Zeitschriften auf Mikrofilmen festgehalten. Die Aufstellung dieser Bibliothek wird allerdings die letzten Platzreserven in Anspruch nehmen, weshalb dringend gefordert wurde, durch den Bau einer Zentralbibliothek mehr Raum zu schaffen.

Aus der Krebspende-Aktion des Österreichischen Rundfunks wurde der Grazer Krebsforschung ein Gesamtbetrag von 6 180 868 öS zugesprochen. Drei große Projekte sollen damit finanziell gestützt werden: Prof. Dr. Josef Möse will in drei Jahren seine Forschung mit dem isolierten Clostridienstamm M 55 beenden. Es geht Prof. Möse darum, mit Hilfe von bestimmten Sporen Krebsgeschwulste „aufzuweichen“, also sie zu zerstören. Prof. Dr. Erwin Schauenstein will in einer Gemeinschaftsarbeit die Wirkung einer bestimmten Substanz gegen Krebs bei gleichzeitiger Ausschaltung der vorhandenen Nebenwirkungen untersuchen. Mit den übrigen Mitteln werden wichtige Geräte zur Frühdiagnostik des Krebses angeschafft werden.

Ein vollautomatisches Forschung-Photomikroskop, bei dem sich der Photographierende nicht mehr um Belichtung und Blende zu kümmern braucht, erhält das Pflanzenphysiologische Institut der Universität Wien von der Firma Zeiss. Sobald das neue Präparat in dieses Mikroskop eingelegt und ausgeleuchtet wurde, braucht man nur noch auf den Knopf zu drücken und das Bild wird auf dem Film festgehalten. Nach eineinhalb Minuten Entwicklungszeit ist das Negativ in den Händen des Forschers. Das Mikroskop wurde der Universität Wien anlässlich der 600-Jahrfeier ihres Bestehens zum Geschenk gemacht.

Das neugegründete Institut für Hochenergiephysik der Akademie der Wissenschaften hat mit der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums seine Arbeit aufgenommen. Das Kuratorium besteht aus neun Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften, drei Professoren, die von der Rektorenkonferenz entsendet wurden und je einem Vertreter des Unterrichtsministeriums und des Finanzministeriums. Der Vorsitzende ist Prof. Dr. Fritz Regler, Vorstand des Instituts für Experimentalphysik an der Technischen Hochschule Wien. Zum Leiter des Instituts wurde Doz. Dr. Wolfgang Kummer bestellt.

Das Kuratorium des neuen Forschungsinstitutes für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften konstituierte sich in Wien. Zum Präsidenten wurde Prof. Dr. Friedrich Wessely, Vorstand des Organisch-Chemischen Instituts der Universität Wien, gewählt. Neben den führenden österreichischen Wissenschaftlern der einschlägigen Disziplinen gehört dem Kuratorium auch der deutsche

Nobel-Preisträger Prof. Adolf Butenandt an. Die Leitung des Instituts übernimmt Doz. Dr. Günter Kreil.

Die Bauarbeiten an der Linzer Sozial- und Wirtschaftshochschule sind schon soweit fortgeschritten, daß mit einer termingerechten Fertigstellung bis 1. Oktober gerechnet werden kann. Das Land Oberösterreich und die Stadt Linz haben im vergangenen Jahr 40 Mio. öS für den Bau der Hochschule aufgewendet, in den Budgets des Landes und der Stadt für 1966 sind dafür 80 Mio. vorgesehen.

Die Zahl der Professoren an den österreichischen Hochschulen konnte in den letzten zehn Jahren um 44 % von 457 auf 658, jene der Assistenten um 64 % von 1 460 auf 2 393 und der Kader des nichtwissenschaftlichen Personals (Schreibkräfte, Laboranten) um 49 % von 1 486 auf 2 238 erhöht werden. In der gleichen Zeitspanne stieg die Zahl der Studenten von 21 000 auf mehr als 52 000, also um fast 150 %. Die für 1966 vorgesehenen Verbesserungen können infolge des Budgetprovisoriums frühestens in der zweiten Jahreshälfte zum Tragen kommen.

Mehr als 23 % aller österreichischen Hochschul Schüler erhielten im Studienjahr 1964/65 ein Stipendium nach dem Studienbeihilfengesetz; das Unterrichtsministerium hat in diesem Zeitraum 120 Mio. öS an 9 020 Hochschul Schüler ausbezahlt.

Die Österreichische Studentenförderungs-Stiftung beabsichtigt, in der Nähe der neuen Wirtschafts- und Sozialhochschule in Linz ein Heim zu errichten, das mindestens 150 Hörerinnen der neuen Hochschule Platz bietet.

In Österreich wohnen derzeit 5 700 Studenten in Heimen, das sind nicht einmal 11 % aller Hochschul Schüler. Weitere 5 000 Plätze wären notwendig, um auch nur den dringendsten Bedarf zu decken. Wenn man das vorausberechnete starke Ansteigen der Hörerzahlen berücksichtigt, müßte man bis 1978 sogar 10 000 zusätzliche Wohnmöglichkeiten für Studenten schaffen.

Die 7. Internationale Tagung für Weltraumforschung wird vom 10. bis 19. Mai in Wien stattfinden. Der Zweck der Tagung ist die Koordinierung der in den verschiedenen Staaten gesammelten Forschungsergebnisse zum „Jahr der ruhigen Sonne“, die mit Hilfe von Raketen oder Satelliten gemacht wurden.

Elektroheilschlaf und Elektronarkose sowie die hierfür notwendigen Grundlagenforschungen werden im Mittelpunkt eines internationalen Symposiums stehen, das vom 12. bis 17. September in Graz stattfinden wird. Als Veranstalter zeichnen Prof. Dr. F. Spath, Vorstand der Chirurgischen Universitätsklinik, und Prof. Dr. G. Oberdorfer, Ordinarius für den Bau und Betrieb elektrischer Anlagen an der Technischen Hochschule Graz. 70 Vortragende aus 20 Ländern werden genannt, mehr als 300 Teilnehmer werden erwartet.

Zum Kongreß der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, der Ende September in Wien abgehalten werden wird, werden mehr als 2 000 Teilnehmer erwartet. Das Zentralthema des Kongresses wird lauten: „Das große Molekül“.

320 000 „Kleine Bildungsfahrpläne“ wurden Anfang März vom Unterrichtsministerium über die Schulen an die Eltern verteilt, vor allem zunächst an jene, deren Kinder an den „Umsteigestationen“ des Schulwegs angekommen sind, an alle Eltern, die entscheiden müssen, ob ihr Kind von der vierten Klasse Volksschule in die Hauptschule oder eine höhere Schule übergehen, ob es in der fünften Klasse in eine berufsbildende Schule überwechseln oder in welchen Typ der allgemeinbildenden höheren Schule es weitergehen soll und schließlich an die Eltern von Maturanten, denen nun der Weg zur Hochschule die Qual der Wahl bietet.

Mehr als ein Drittel der Grazer Studentenehepaare lebt in beengten Verhältnissen, wie eine Befragung von 300 studierenden Ehepaaren ergab. Die Hochschülerschaft plant zur Linderung dieser Wohnungsnot den Bau eines Wohnheimes für Studentenehepaare und eines Kindergartens.

Die Meldungen aus Österreich entnehmen wir dem „Pressedienst für Bildungspolitik und Forschung“ (ibf). Dieser Pressedienst erscheint seit 1. Oktober 1965 als Nachrichtendienst täglich, als Reportagendienst wöchentlich und als Dokumentationsdienst vierzehntägig. Eigentümer, Herausgeber und Verleger ist die „Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik“, Chefredakteur: Dr. Felix Gamillscheg, Wien 9, Türkenstraße 3.

PERSONALIA

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin (TU): Privatdozent Dr. oec. publ. Karl Scheidl/München (Betriebswirtschaftslehre) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Ao. Prof. Dr. rer. nat. Karl Plieth (Spezielle Physikalische Chemie) wurde Rang und Würde eines ordentlichen Professors verliehen.

Bochum: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dozent Dr. rer. nat. Helmut Langer/Würzburg (Zoologie), Privatdozent Dr. rer. nat. Werner Schreyer/Kiel (Mineralogie), Dr. theol. Paul Werner Scheele/Paderborn (Fundamentaltheologie) und Wissenschaftlicher Rat Dozent Dr. rer. nat. Hartmut Ehlich/Tübingen (Mathematik).

Erlangen-Nürnberg: Dozent Dr. Hans Ulrich Zwicker (Werkstoffwissenschaft) wurde zum ordentlichen Professor an der Technischen Fakultät ernannt.

Gießen: Privatdozent Dr. jur. Albrecht Dieckmann/Mainz (Zivilprozeßrecht) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht angenommen.

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Martin Kneser (Mathematik) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Heidelberg. — Prof. Dr. rer. nat. Hans-Heinrich Voigt (Astronomie und Astrophysik) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Astronomie an der Universität Hamburg.

Hamburg: Prof. Dr. rer. pol. Helmut Diederich (Betriebswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandwesen an der Wirtschaftshochschule Mannheim. — Prof. Dr. jur. Wilhelm Hennis (Politische Wissenschaft) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Gießen. — Prof. Dr. phil. Karl Ludwig Schneider (Deutsche Philologie und Literaturwissenschaft) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Universität Heidelberg. — Privatdozent Dr. Kurt Pawlik/Wien (Psychologie) hat den Ruf auf ein Ordinariat seines Faches angenommen.

Hannover (TiHo): Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. agr. Hans Rundfeldt (Angewandte Genetik und Biometrie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Konstanz: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. phil. Hans Aebli/Berlin (Psychologie), Prof. Dr. phil. Waldemar Besson/Erlangen-Nürnberg (Politische Wissenschaft), Prof. Dr. phil. Hans Robert Jaub/Gießen (Romanische Philologie), Prof. Dr. phil. Franz Georg Maier/Frankfurt (Alte Geschichte), Prof. Dr. phil. Herbert Nesselhauf/Freiburg (Alte Geschichte), Prof. Dr. phil. Ralph Dahrendorf/Tübingen (Soziologie) und Prof. Dr. phil. Wolfgang Preisendanz/Münster (Deutsche Philologie).

Mainz: Prof. Dr. jur. Hubert Armbruster (Öffentliches Recht) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Mannheim: Prof. Dr. rer. pol. Eberhard Witte (Betriebswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bochum. — Privatdozent Dr. rer. pol. Fritz Philipp/Marburg (Betriebswirtschaftslehre) hat den Ruf auf das Ordinariat für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre angenommen.

München: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dr. phil. nat. Friedrich Hansmann, Lehrbeauftragter für Unternehmens- und Verfahrensforschung, Privatdozent Dr. rer. nat. Karl Ruppert (Geographie) und Prof. Dr. Hermann Bengtson (Alte Geschichte). — Ao. Prof. Dr. med. Anton Obniedermayr (Kinderchirurgie) wurden die Bezeichnung sowie die akademischen Rechte und Pflichten eines ordentlichen Professors verliehen.

Würzburg: Prof. Dr. jur. Dr. phil. Friedrich Merzbacher/Erlangen-Nürnberg (Deutsche Rechtsgeschichte, Kirchenrecht, Bürgerliches Recht und Handelsrecht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

b) außerordentliche Professoren

München: Dr. phil. Leopold Kretzenbacher (Deutsche und Vergleichende Volkskunde) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

c) Honorarprofessoren

Braunschweig: Dr.-Ing. Horst Pommer, stellvertretender Direktor der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG/Ludwigshafen, wurde zum Honorarprofessor in der Naturwissenschaftlich-Philosophischen Fakultät ernannt.

Heidelberg: Prof. Dr. phil. Hermann Goetz, Lehrbeauftragter für Indische Geschichte und Kunstgeschichte, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Berlin (TU): Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: Privatdozent Dr.-Ing. Friedrich Mielke (Denkmalpflege) und Privatdozent Dr.-Ing. Martin Schmidt (Sonderprobleme der Bergschadenskunde).

e) außerplanmäßige Professoren

Berlin (TU): Apl. Prof. Dr. rer. pol. Albrecht Kruse-Rodenacker (Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik) wurde zum beamteteten außerplanmäßigen Professor ernannt.

Bonn: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Dozent Dr. Hans-Dietrich Bergeder (Strahlenbiologie), Dozent Dr. med. Hans Egli (Physiologie) und Privatdozent Dr. med. dent. Dr. med. Ernst Lautenbach (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde).

Frankfurt: Privatdozent Dr. phil. Hermann Prell (Mikrobiologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Göttingen: Privatdozent Dr. rer. nat. Diether Grohne (Angewandte Mathematik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Hamburg: Prof. Dr. med. Heinrich Albrecht (Psychiatrie und Neurologie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Kinder- und Jugendlichenspsychiatrie.

Karlsruhe: Privatdozent Dr. rer. nat. Kurt Ulmer (Physik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Marburg: Prof. Dr. med. Hellmut Neubauer (Augenheilkunde) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Köln. — Dozent Dr. rer. nat. Martin Klingenberg (Physiologische Chemie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

München: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Axel Georgii (Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie), Privatdozent Dr. med. Egbert Schmiedt (Chirurgie und Urologie) und Privatdozent Dr. phil. Ernest Schanzer (Englische Philologie).

Münster: Prof. Dr. med. Hugo Eickhoff (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der noch zu errichtenden Medizinischen Fakultät der Technischen Hochschule Aachen. — Privatdozent Dr. med. Theodor B. Tiwisina (Chirurgie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

f) Dozenten und Privatdozenten

Berlin (TU): Zu beamteteten Privatdozenten wurden ernannt: Privatdozent Dr. rer. nat. Burkhard Hofmeister (Geographie), Privatdozent Dr.-Ing. Arthur Tausend (Physik), Dr.-Ing. Hans-Hermann Fernholz (Strömungslehre), Privatdozent Dr. rer. nat. Axel von Hillebrandt (Geologie und Paläontologie), Privatdozent Dr. rer. nat. Monika Feller-Kniepmeier, tätig am elektronenmikroskopischen Labor, und Privatdozent Dr. rer. pol. Karl-Heinz Berger (Betriebswirtschaftslehre).

Bonn: Dozent Dr. jur. Hilde Kaufmann (Strafrecht, Strafprozeßrecht und Kriminologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Kiel.

Göttingen: Privatdozent Dr. agr. Kord Baumeier (Acker- und Pflanzenbau) erhielt einen Ruf auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Acker- und Pflanzenbau. — Privatdozent Dr. phil. Ludwig Bergmann (Botanik) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Köln.

Hamburg: Privatdozent Dr. med. Herbert Klosterhalphen (Urologie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches.

Marburg: Privatdozent Dr. rer. nat. Joachim Schröter (Theoretische Physik) wurde zum beamteten Dozenten ernannt.

München: Zu Universitätsdozenten wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Alfred Schauer (Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie), Dr. med. vet. Christian Gall (Tierzucht) und Privatdozent Dr. phil. Wolfgang Osthoff (Musikgeschichte).

Münster: Dozent Dr. theol. Hans Jorissen (Dogmatik und Dogmengeschichte) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Dogmatik und Theologische Propädeutik an der Universität Bonn. — Zu Dozenten wurden ernannt: Privatdozent Dr. theol. Horst Seebass (Alttestamentliche Theologie und Exegese), Wiss. Ass. Dr. phil. Wolfgang Babilas (Romanische Philologie), Wiss. Ass. Dr. phil. Johannes R. Rathofer (Germanische Philologie) und Dr. phil. Dr. theol. Martin Walter Krause (Ägyptologie mit besondere Berücksichtigung der Koptologie).

g) Lektoren

Berlin (TU): Zu beamteten Lektoren wurden ernannt: Dr. phil. Giuseppe Pipito für Romanische Sprachen und Literaturen und Dr. phil. Abel Orlando Pugliese für Romanische Sprachen und Literaturen. — Mit der Durchführung von Lektoraten wurden beauftragt: Hildegard Friebel für Sprecherziehung und Dr. José M. Neistein für Portugiesisch.

Bonn: Caitriona Hertz wurde zur außerplanmäßigen Lektorin für Keltisch ernannt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER VENIA LEGENDI

Berlin (TU): Dipl.-Math. Dr. rer. nat. Gerhard Bruhn erhielt die venia legendi für das Fach Mathematik und Mechanik.

Darmstadt: Es habilitierten sich: Dr.-Ing. Richard Schardt für das Fach Statistik und Stahlbau und Dr.-Ing. Heinrich Brunswig für das Fach Nachrichtentechnik.

Frankfurt: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. rer. nat. Reiner Bass für das Fach Physik und Dipl.-Kfm. Dr. Walter Endres für das Fach Betriebswirtschaftslehre. — Privatdozent Dr. med. Heinz Pflüger (Anästhesie) wurde von der Universität Göttingen an die Universität Frankfurt umhabilitiert.

Freiburg: Es habilitierten sich: Dr. med. Peter Strunk für das Fach Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters, Dr. med. Hans Gropp für das Fach Chirurgie und Dr. med. Rudolf Bergleiter für das Fach Neurologie, insbesondere Neuroradiologie.

Gießen: Die venia legendi erhielten: Dr. med. dent. Wolfgang Büttner für das Fach Ernährungswissenschaft und Zahnheilkunde, Dr. rer. nat. Helmut Schraudolf für das Fach Botanik und Dr. rer. nat. Heinrich Sprankel für das Fach Zoologie. — Privatdozent Dr. med. Georg Schütterle/Heidelberg hat sich für das Fach Innere Medizin an die Universität Gießen umhabilitiert.

Heidelberg: Privatdozent Dr. phil. Alfred Liede hat sich für das Fach Neuere Deutsche Literaturgeschichte von der Universität Basel an die Universität Heidelberg umhabilitiert. — Dr. rer. pol. Willi Bihn erhielt die venia legendi für das Fach Ökonometrie und Statistik.

Karlsruhe: Die venia legendi erhielten: Dr. rer. nat. Joseph Grobe für das Fach Anorganische Chemie, Dr. rer. nat. Dieter Kummer für das Fach Anorganische Chemie, Dr. rer. nat. Gerhard Lang für das Fach Geobotanik, Dr.-Ing. Ernst Adams für das Fach Strömungsmechanik, Dr. med. Georg Schöffa für das Fach Biophysik, Dr.-Ing. Horst Böhm für das Fach Metallkunde (Umhabilitation) und Dr.-Ing. Helmut Krupp für das Fach Physikalische Grundlagen der Verfahrenstechnik.

Mainz: Es habilitierten sich: Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol. Gerhard W. Schmitt-Rink für das Fach Volkswirtschaftslehre und Dr. rer. nat. Rudolf Kirste für das Fach Physikalische Chemie.

München: Die venia legendi erhielten: Dr. oec. publ. Eduard Gaugler für das Fach Betriebswirtschaftslehre, Dr. med. Klaus Devens für das Fach Chirurgie des Kindesalters, Dr. med. Alfred Schaudig für das Fach Chirurgie,

Dr. phil. Walter Haug für das Fach Deutsche Philologie und Dr. phil. Karl Schnith für das Fach Mittlere und Neuere Geschichte. — Apl. Prof. Dr. rer. nat. Heinz-Hermann Reichenbach-Klinke wurde von der Technischen Hochschule München an die Universität München umhabilitiert und erhielt die venia legendi für das Fach Fischereibiologie und Fischkrankheiten.

Münster: Es habilitierten sich: Dr. jur. Martin Kriele für das Fach Öffentliches Recht, Rechts- und Staatsphilosophie, Dr. med. Bernhard Dieckhues für das Fach Augenheilkunde und Dr. phil. Karlfried Gründer für das Fach Philosophie.

Würzburg: Die venia legendi erhielten: Dr. med. Heinrich Grünberg für das Fach Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde und Dr. med. Malte Erik Wigand für das Fach Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde.

VERTRETUNGEN

Darmstadt: Dr. rer. pol. Gerhard Kade wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie beauftragt. — Dr.-Ing. Walter Raab wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Maschinenelemente und Mechanik beauftragt.

Frankfurt: Prof. Dr. med. Wolfgang Albert Lieb (Augenheilkunde) wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Augenheilkunde beauftragt.

Karlsruhe: Prof. Dr.-Ing. Hermann Donandt (Fördertechnik) wurde bis zur Wiederbesetzung mit der Vertretung des Lehrstuhls für Fördertechnik beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Marburg: Prof. Dr. jur. Ernst Wolf (Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Rechtsphilosophie) wurde für die Zeit vom 1. 4. 1966 bis 30. 9. 1966 beurlaubt.

Münster: Prof. Dr. phil. Otto Hiltbrunner (Klassische Philologie) wurde für die Dauer des WS 1966/67 beurlaubt.

EMERITIERUNGEN

München: Prof. Dr. med. Kurt Kolle (Psychiatrie und Neurologie) wird mit Ablauf des Monats März 1966 von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

ABGELEHNT BEBERUFUNGEN

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Hans Strehlow (Physikalische Chemie) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Freiburg abgelehnt.

Karlsruhe: Prof. Dr. rer. nat. Heinz Gerhard Kahle (Experimentalphysik) hat den Ruf auf das Ordinariat I für Experimentalphysik an der Freien Universität Berlin abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Hannover (TiHo): Prof. Dr. agr. Hans Rundfeldt (Angewandte Genetik und Biometrie) wurde zum Direktor des Instituts für Statistik und Biometrie ernannt.

Karlsruhe: Prof. Dr.-Ing. Hans Victor (Werkzeugmaschinen und Betriebstechnik) wurde zum Direktor des Instituts für Werkzeugmaschinen und Betriebstechnik ernannt.

GASTPROFESSUREN

Frankfurt: Prof. Dr. George Maltese, Maryland University/USA, ist für die Zeit vom 15. 6. 1966 bis 30. 8. 1967 am Mathematischen Seminar als Gastprofessor tätig. — Prof. Dr. Miroslav Kravar/Zagreb ist für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 1966 als Gastprofessor für Slavische Philologie tätig. — Prof. Dr. Ichiro Suizu/Kyoto University ist für die Zeit vom 1. 4. bis 1. 8. 1966 Gastprofessor für Probleme der Siedlungsgeographie in Südostasien und Europa. — Dr. Hiroshi Fudji (z. Z. University of Pittsburgh) erhielt für die Zeit vom 15. 5. 1966 bis auf weiteres eine Gastforschersstelle in der Medizinischen Fakultät.

Marburg: Prof. Dr. Tucker, University of Utah/USA, wurde für die Zeit vom 1. 5. 1966 bis 31. 7. 1966 eine Gastprofessur am Mathematischen Institut übertragen.

Münster: Prof. Dr. Ettore Casari/Mailand wurde von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 7. 1966 zu Gastvorlesungen eingeladen.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Berlin (TU): Prof. Dr. Nils Westermarck wurde die Würde eines Doktors der Landbauwissenschaft ehrenhalber verliehen. — Prof. Dipl.-Ing. Paul Kolbach (Braueretechnologie) wurde von der Technischen Hochschule München die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Göttingen: Prof. Dr. sc. nat. Wilhelm Jost (Physikalische Chemie) wurde von der Technischen Hochschule Darmstadt der Ehrendoktorgrad verliehen.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Hans Herloff Inhoffen/Braunschweig (Organische Chemie) wurde der Grad eines Doktors der Medizin ehrenhalber verliehen.

Hannover (TH): Dr.-Ing. Friedrich Lehner/Hannover und Oberingenieur Johannes Peters/Deisenhofen wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Freiburg: Prof. Dr. phil. nat. Dr. med. Kurt Merz (Pharmazeutische Chemie) wurde zum Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle gewählt. — Prof. Dr. theol. Dr. phil. h. c. Friedrich Stegmüller (Dogmatik) wurde zum korrespondierenden Mitglied der Philosophisch-historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München gewählt.

Mainz: Von der Akademie der Wissenschaften und der Literatur wurde Prof. Dr. phil. Johannes Benzing (Islamische Philologie und Islamkunde) zum ordentlichen Mitglied und Prof. Dr. phil. nat. Karl Egle/Frankfurt (Botanik) zum korrespondierenden Mitglied gewählt.

Münster: Prof. Dr. med. Fritz Hollwich (Augenheilkunde) wurde in den wissenschaftlichen Beirat der Deutschen Gesellschaft für Plastische- und Wiederherstellungschirurgie gewählt.

VON DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Hubert Ludwig (Strömungsphysik) und Dr. Friedrich-Wilhelm Riegels wurden zu Wissenschaftlichen Mitgliedern der Aerodynamischen Versuchsanstalt Göttingen e.V. in der Max-Planck-Gesellschaft berufen.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Wilhelm Hasselbach (Physiologie) und Prof. Dr. Hartmut Hoffmann-Berling wurden zu Direktoren und Leitern selbständiger Abteilungen am Institut für Physiologie im Max-Planck-Institut für medizinische Forschung berufen.

München: Prof. Dr. rer. nat. Heinz Jagodzinski (Kristallographie und Mineralogie) wurde zum auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Einweiß- und Lederforschung berufen.

Kiel: Privatdozent Dr. rer. nat. Hans-Jürgen Overbeck wurde zum Direktor der selbständigen Abteilung für Allgemeine Limnologie in der Hydrobiologischen Anstalt der Max-Planck-Gesellschaft in Plön und zum Wissenschaftlichen Mitglied der Anstalt berufen.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Düsseldorf: Prof. Dr. med. Dr. h. c. Ernst Derra (Chirurgie) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. rer. pol. Horst Claus Recktenwald (Volkswirtschaftslehre) wurde als Mitglied des Berufungsausschusses der Universität Regensburg benannt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Berlin (TU): Prof. Dipl.-Ing. Peter Koller (Städtebau und Siedlungswesen) wurde von der Technischen Hoch-

schule Wien die Johann-J.-Ritter-von-Frechtl-Medaille verliehen.

Bochum: Prof. Dr. jur. Roman Schnur (Politische Wissenschaft) ist von der OECD zum Mitglied eines internationalen Sachverständigenrats berufen worden.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Bonn: Prof. Dr. phil. Dr. sc. h. c. Dr. phil. h. c. Carl Troll (Geographie) wurde zum Ehrenmitglied der Société Belge d'Etudes Géographiques in Gent gewählt.

München: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Rudolf Zenker (Chirurgie) und Prof. Dr. phil. Dr. med. h. c. Feodor Lynen (Chemie) wurden zu korrespondierenden Mitgliedern der Österreichischen Ärztesgesellschaft (van Swieten Gesellschaft) ernannt.

Münster: Prof. Dr. med. Hans Götz (Dermatologie und Venerologie) wurde von der Mexikanischen Dermatologischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied ernannt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Theodor Schermann (Psychologie, insbesondere Wirtschafts- und Sozialpsychologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Psychologie an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz.

Frankfurt: Dozent Dr. med. Gerhard Vossius (Physiologie und Biologische Kybernetik) wird vom 1. 5. bis 31. 7. 1966 beim Case Institute of Technology in Cleveland/Ohio die Stelle eines Visiting Associate Professor wahrnehmen. — Dozent Dr. rer. nat. Helmut Salzmann (Mathematik) wird vom 14. 3. bis 4. 6. 1966 an der University of Cincinnati/Ohio als Visiting Professor lehren. — Prof. Dr. rer. nat. Ernst August Behrens (Mathematik) wird vom 15. 9. 1966 bis 30. 6. 1967 als Visiting Professor an der Michigan-State University, East Lansing/USA lehren.

Freiburg: Prof. Dr. theol. Adolf Kolping (Fundamentaltheologie) wurde für März 1966 zu Vorlesungen an die Päpstliche Universität beim Lateran eingeladen.

Karlsruhe: Prof. Dr.-Ing. Karl Kollmann (Maschinenkonstruktionslehre und Kraftfahrzeugbau) hat eine Gastprofessur in Japan angenommen.

Münster: Prof. Dr. phil. Jacob Steiner (Neuere Deutsche Literaturgeschichte) wurde von der New York State University in Buffalo eingeladen, für ein Jahr eine Gastprofessur zu übernehmen. — Prof. Dr. phil. Gerhard Croll (Musikwissenschaft) erhielt einen Ruf auf die Lehrkanzel seines Faches an der neugegründeten Universität in Salzburg.

GEBURTSTAGE

Bonn: Prof. Dr. jur. Dr. phil. Otto Spieß (Semitische Philologie und Islamkunde) vollendete am 5. 4. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Philipp Stöhr (Anatomie) vollendet am 12. 4. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. Robert Wizinger-Aust (Chemie) vollendet am 28. 4. sein 70. Lebensjahr.

Göttingen: Prof. Dr. rer. pol. Walter Herrmann (Sozialpädagogik) vollendete am 27. 3. sein 70. Lebensjahr.

Hannover (TH): Prof. Heinrich Wieping (Landespflege, Landschafts- und Gartengestaltung) vollendete am 23. 3. sein 75. Lebensjahr.

München: Prof. Dr. phil. Dr. med. h. c. Paul Bucher (Zoologie) vollendet am 12. 4. sein 80. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Ludwig Kielleuthner (Urologie) vollendet am 18. 4. sein 90. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Hans Jantzen (Mittlere und Neuere Kunstgeschichte) vollendet am 24. 4. sein 85. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Hugo Kehrer (Kunstgeschichte) vollendet am 27. 4. sein 90. Lebensjahr.

Tübingen: Prof. Dr. med. Bruno Niekau (Innere Medizin) vollendete am 23. 3. sein 80. Lebensjahr.

TODESFÄLLE

Bonn: Prof. Dr. rer. pol. Herbert von Beckerath (Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Ausländische Volkswirtschaften) ist am 10. 3. im Alter von 79 Jahren verstorben.

13. 4.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Doz. Dr. Walter Tranquillini: Vom Wärmehaushalt der Pflanzen (Österr. Rdf. II, 17.25).

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).

Die Internationale Radiouniversität. Neue Tendenzen in der Pharmakologie (1). Medikamentöse Behandlungsmethoden des Krebses. Ms.: Dr. Albert Fanchamps/Basel (Österr. Rdf. II, 22.35).

14. 4.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).
Forscher zu Gast. (Österr. Rdf. II, 17.25).

Bildungsfragen der Gegenwart. Interkontinentale Bildung. Ms.: Dr. Ernst-Günther Kolbenach (Hess. Rdf. II, 17.30).

Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF II, 17.45).

Manipulierte Evolution. — Biologische Möglichkeiten zur Züchtung spezifischer Menschentypen. Ms.: Thor Nielsen (Österr. Rdf. II, 21.00).

Das Heidelberger Studio. Die philosophische Hintertreppe. Eine Vorlesungsreihe von Prof. Dr. Wilhelm Weischedel/Berlin. 2. Sokrates oder das Ärgernis des Fragens (SDR II, 21.00).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau (SDR II, 21.30).

Forum der Wissenschaft. 1. Musikwissenschaft — Begriff und Aufgabe. Eine kritische Untersuchung von Dr. Klaus Blum. — 2. Bruno Liebrucks: „Sprache und Bewußtsein“ II. Eine Buchbesprechung von Dr. Günther Schulz (Radio Bremen II, 21.30).

Prestige-Korporationen. Das Verbindungswesen an den Ingenieur- und Fachschulen (Hess. Rdf. II, 21.50).

Die Gymnasiastenrepublik. Thomas Ellwein, Friedrich Minssen, Hans Scheuerl und Manfred Teschner sprechen über die Bildungsorganisation in Deutschland (NDR/SFB III, 21.55).

Internationale Rundfunkuniversität. 1. Krebstherapie mit schnellen Elektronen. Über die Notwendigkeit einer verbesserten Strahlenbehandlung. Von Prof. Dr. Werner Hellriegel/Stuttgart. — 2. Grundlagen der modernen Physik. Die Farbentheorie gestern und heute. Von Prof. Marie-Antoinette Tonnelat/Paris. — 3. Die Verschmutzung. Auswirkungen der Luftverunreinigungen auf Tiere. Von Prof. Georges Tendron/Paris (Hess. Rdf. II, 22.00).

Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte (SDR II, 22.40).

15. 4.

Aus Naturwissenschaft und Technik. (WDR, 17.20).

Wissenschafts-Notizen. (Radio Bremen II, 21.05).

Die Internationale Radiouniversität. Neue Tendenzen in der Pharmakologie (2). Die medikamentöse Behandlung der arteriellen Hypertension. Ms.: Dr. Peter L. Imhof/Basel (Österr. Rdf. II, 22.35).

16. 4.

Philosophie der Gegenwart. 2. Der historische Hintergrund des zeitgenössischen chinesischen Denkens. Ms.: Francois Huang (SFB, 10.45).

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik in England und Übersee (SFB, 11.00).

Lessing-Hochschule. Der gegenwärtige Stand der medizinischen Forschung und Praxis. 1. Das Krebsproblem. Vortrag von Prof. Dr. med. Heinz Oeser/FU Berlin (SFB, 12.00).

17. 4.

Lebendige Wissenschaft. Dr. Max Otto Bruker/Lemgo: Der Zucker als Krankheitsfaktor (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universität. Prof. Jacques Lacant: Frankreich als kultureller Katalysator in Europa (SWF, 10.30).

Der Wissenschaftsbericht. Die Suche nach außerirdischem Leben. Probleme der Exobiologie, dargestellt von Werner A. Kral (SDR II, 16.00).

Die Internationale Radiouniversität. Das Selbstverständnis der Erwachsenenbildung. Es spricht Univ.-Ass. Dr. Rudolf Gönner/Saarbrücken (Österr. Rdf. II, 18.00).

18. 4.

Das wissenschaftliche Buch. Neuerscheinungen zur Soziologie. Rezensent: Helmut Lamprecht (Deutschlandfunk, 10.10).

Schulen für die Zukunft. Von Prof. Dr. Christian Graf von Krockow (Saarl. Rdf., 21.00).

Kongreßbericht. Lebensmittelchemiker tagen. Bericht aus Hamburg (Deutschlandfunk, 22.00).

19. 4.

Deutsche Lehr- und Forschungsstätten. Das Institut für Städtebau und Wohnungswesen in München. Von Ilse Rieger (Saarl. Rdf. II, 22.00).

Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 22.15).

20. 4.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Sprachtabu und Euphemismus. Ms.: Univ.-Doz. Dr. Johann Sofer (Österr. Rdf. II, 17.25).

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).

Die Internationale Radiouniversität. Neue Tendenzen in der Pharmakologie (3). Vom Vitamin zum Pharmakon. Ms.: Univ.-Prof. Dr. Bernhard Fust und Dr. Robert M. Kunz/Basel (Österr. Rdf. II, 22.35).

21. 4.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).

Forscher zu Gast. Univ.-Doz. Dr. Hans Steinhäuser spricht über die Internationale Hydrologentagung in Budapest (Österr. Rdf. II, 17.25).

Bildungsfragen der Gegenwart. Die Pädagogik des Barock oder die Veränderung des Menschen durch Wissen. Ms.: Prof. Hans-Michael Elzer (Hess. Rdf. II, 17.30).

Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF, 17.45).

Lehrstühle und leere Stühle (1). Eine Untersuchung zum Nachwuchsproblem der deutschen Universitäten. Von Hans-Götz Oxenius (SWF, 21.00).

Das Heidelberger Studio. Die philosophische Hintertreppe. Vorlesungsreihe von Prof. Dr. Wilhelm Weischedel/Berlin. 3. Platon oder die philosophische Liebe (SDR II, 21.00).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau (SDR II, 21.30).

Der Magistergrad. (Hess. Rdf. II, 21.50).

Die Internationale Rundfunk-Universität. 1. Krebstherapie mit schnellen Elektronen. Die Ergebnisse. Von Prof. Dr. Werner Hellriegel/Stuttgart. — 2. Was ist Buddhismus? Die Kausalität. Von Prof. Dr. Fumio Hashimoto/Basel. — 3. Finalität und Leben. Vom Gesichtspunkt des Biologen. Von Prof. Paul Emilie Pilet/Lausannan (Hess. Rdf. II, 22.00).

22. 4.

Die Internationale Radiouniversität. Neue Tendenzen in der Pharmakologie. (4). Antikonzeption durch orale Hormonapplikation. Ms.: Univ.-Prof. Dr. Erich Glatthaar/Winterthur (Österr. Rdf. II, 22.35).

23. 4.

Philosophie der Gegenwart. 3. Die Erneuerung des buddhistischen Denkens. Ms.: Francois Huang (SFB, 10.45).

Hochschule heute. Themen und Perspektiven. Von Frank Pauli (SFB, 11.00).

24. 4.

Die Aula. Prof. Dr. Wolfgang Baumgart: Der deutsche Shakespeare (SWF, 10.30).

25. 4.

Der wissenschaftliche Bericht. (Bayer. Rdf. II, 19.30).

Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Dr. Josef Raabe.

Verlag: Hochschuldienst, Bonn, Hochstadenring 15 / Postfach 323, Tel.: 3 75 95, Postcheck: Köln 1574 38, Bank: Städt. Sparkasse Bonn 6470. — Der Hochschul-Dienst erscheint am 8. und 23. eines jeden Monats, mit Ausnahme der Ausgaben vom 23. August und 8. September, die wegen der Sommerferien mit der vorhergehenden bzw. nachfolgenden zusammengelegt werden. Redaktionsschluß jeweils am 1. resp. 15. des betreffenden Monats. Verlag und Schriftleitung behalten sich vor, Redaktionsschluß- und Erscheinungstermine aus zwingenden Gründen zu verschieben. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion dar. — Abdruck nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. — Die Ausgaben in Englisch, Französisch und Spanisch, die in Verbindung mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgegeben werden, erscheinen monatlich. — Bezugsgebühr der deutschen Ausgaben 10,— DM im Quartal einschließlich Porto. — Druck: Buch- u. Zeitungsdruckerei H. Köllen, Bonn.



Jahresregister 1962

A

- Afrika-Forschung** 2,1; 2,2; 2,2; 2,3; 2,4; 19,10.
- Akademie der Wissenschaft und Literatur in Mainz** 6,4; 7,7.
- Anaesthesiologie** 13,8.
- Anthropologie** 10,9.
- Arbeitsgemeinschaft für Forschung** 10,2.
- Arbeitskreis für Terminologie** 2,9.
- Arbeitsmedizin** 6,7; 14,8; 21,12.
- Archäologie** 10,9; 15/16,9; 19,10.
- Archive** 8,10; 15/16,8; 17/18,5; 20,10; 23,9.
- Astronomie** 1,9; 3,9; 3,9.
- Atlantische Hochschule** 23,10.
- Atlantische Konvention** 3,8; 4,9.
- Atomforschung** 1,7; 6,8; 6,8; 13,9; 14,8; 24,10.
- Ausbildungsförderung** 11,5; 14,6; 23,3.
- Ausländische Studenten in der BRD** 6,7; 13,5; 14,7; 19,10; 20,8; 22,7; 24,8.
- Ausländische Universitäten:**
- Ägypten 6,9.
 - Afrika 23,7; 23,7.
 - England 1,8; 3,2; 13,6; 19,6; 20,10.
 - Frankreich 6,9; 22,11; 24,10.
 - Ghana 1,8.
 - Italien 4,9; 6,9; 19,10.
 - Iran 6,9.
 - Liberia 3,8.
 - Norwegen 15/16,8.
 - Österreich 3,9.
 - Polen 6,7.
 - Schweden 6,9.
 - Südvietnam 17/18,5.
 - UdSSR 19,10; 23,8.
 - USA 4,9; 4,9; 24,9.
 - Internationale Universität, Luxemburg 20,8.
- Ausländische Wissenschaftler in der BRD** 22,2; 22,11.
- Auslandsbesuche deutscher Wissenschaftler** 8,2.
- Auslandsbeziehungen** 4,8; 23,10.
- Ausschuß für Universitäten und Forschung beim Europarat** 8,3.
- Auszeichnungen, Preise, Preisausschreiben** 2,10; 5,9; 6,5; 6,7; 10,7; 12,7; 12,7; 13,8; 14,5; 17/18,5; 17/18,5; 17/18,5; 19,10; 20,10; 22,11.

B

- Batelle-Institut** 8,10.
- Berlinhilfe** 1,10.
- Berufspädagogik** 2,10.
- Betriebswirtschaft** 15/16,6; 24,9.
- Bibliotheken** 2,10; 2,10; 4,8; 19,10.
- Bildungspolitik** 20,2; 21,12; 22,3.
- Bildungshilfe** 6,8.
- Bildungsrat** 10,7.
- Bildung und Fernsehen** 14,5.
- Biologie** 8,10; 9,6; 19,9.
- Biophysik** 5,6.
- Botanik** 11,2.
- Buddhistische Enzyklopädie** 4,16.
- Bundesuniversität Berlin** 2,9.

C

- Chemiestudium** 11,9; 20,6.
- Convent Deutscher Akademikerverbände** 17/18,5.

D

- Deutsch-Amerikanische Columbus Gesellschaft** 2,7.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft** 6,3; 9,6; 12,1; 13,1; 13,3; 17/18,6; 19,3; 21,11; 22,2; 22,8; 24,6.
- Deutschlandinstitute** 20,10.
- Deutscher Akademischer Austauschdienst** 1,4; 2,8; 3,7; 4,8; 6,5; 7,16; 8,4; 9,8; 12,5; 13,7; 14,9; 15/16,6; 17/18,4; 19,6; 21,3; 22,2; 22,7; 23,6; 24,6.
- Deutscher Bundestag** 3,2.
- Deutscher Hochschulführer** 8,10.
- Deutscher Hochschulverband** 13,8; 17/18,1.
- Deutsches Studentenwerk** 3,8; 6,8; 6,8; 20,1.
- Carl Duisberg-Gesellschaft** 4,8.

E

- Elektrizitätsforschung** 19,10.
- Elektronik** 10,8; 20,10.
- Entwicklungshilfe** 1,4; 3,1; 6,8; 15/16,7; 15/16,7; 17/18,3; 20,4; 23,10; 24,7.

Ernährungswissenschaft 20,10.
Erwachsenenbildung 4,1.
Ethnologie 20,10.
Euratom 23,10.
Europäische Erziehungsministerkonferenz 20,10; 21,7.
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 2,6.
Europäische Kultusministerkonferenz 3,2.
Evangelisches Studentenwerk 15/16,7.
Examen 24,10.

F

Fernsehforschung 14,5.
Filmwirtschaft 12,8.
Flüchtlingsstudenten 12,6.
Forscherzentrum in Uppsala 1,7.
Forschung 7,1; 22,3.
Forschungsförderung 2,6; 3,7; 4,3; 7,1; 12,4; 17/18,5; 21,1;
21,3; 23,9.
Forschungsminister 1,3.
Frauenstudium 21,4; 22,7.
Fulbright-Kommission 3,2; 10,7; 14,8; 20,4; 21,11; 22,1.
Funkforschung 5,6; 5,8.

G

Genetik 7,7; 12,9.
Geodäsie 13,8; 20,10.
Geschichtsforschung 12,7; 19,9; 19,10.
Gesellschaft Deutscher Chemiker 8,10.
Goethe-Institut 17/18,4; 20,10.
Görres-Gesellschaft 19,9.
Göttinger Akademie der Wissenschaften 17/18,5.

H

Habilitation 2,10; 5,9.
Hochschul-Ausbau, -Neubauten, -Erweiterungen 1,9; 1,10;
2,8; 2,10; 2,10; 2,10; 2,10; 7,16; 7,16; 10,7; 13,8; 14,8;
17/18,5; 24,10; 24,10.
Hochschulaußenstellen 24,7.
Hochschulbeamte 20,10.
Hochschulen in der SBZ 7,16; 19,8.
Hochschulförderung 1,10; 7,16.
Hochschulkundliche Vereinigung 1,8.
Hochschulneugründung 1,10; 2,8; 2,8; 2,9; 3,8; 3,8; 3,8; 3,8;
4,4; 4,7; 4,9; 5,9; 5,9; 5,9; 6,7; 6,7; 6,7; 8,3; 11,9; 12,7; 12,7;
12,7; 14,5; 14,8; 21,9; 21,12; 21,12.
Hochschulpraktikanten-Austausch 14,5.
Hochschulreform 14,1,15/16,1; 15/16,6.
Hochschultage 20,3.
Hochschulverband 24,5.
Hochschulverwaltung 1,3.
„Hoffmannhaus“ Fallersleben 14,10.
Honnefer Modell 10,7.

I

Ibero-Amerika-Institut, Hamburg 23,6.
Industrielle Forschung 1,10; 21,1.
Ingenieurausbildung, Ingenieurschulen 6,6; 9,10; 19,10.
Institute, siehe Seminare, Institute, Kliniken
International Association for the Exchange of Students for
Technical Experience (IAESTE) 1,4; 22,7.
International Brain Organisation (IBRO) 13,8.
Internationale Ferienkurse 20,8.
Internationale Studentenkonferenz 14,9.
Internationaler Kulturaustausch 7,3.
Internationales Mercator-Jahr 6,7.
Internationales Schulbuchinstitut 12,7.
Internationales Spendenwesen 12,6.
Internationale Studentenvereinigungen 6,9.
Internationale Universität, Luxemburg 20,8.

J

Jahresrückblick 1962 24,1.
Jurastudium 20,8.

K

Karthographie 17/18,5.
Kliniken, siehe Seminare, Institute, Kliniken
Kommunalwissenschaft 3,9; 15/16,8.
Kommunismus 17/18,6; 19,4; 20,5.
Kultusministerkonferenz, siehe Ständige Konferenz der
Kultusminister der Länder
Kunsthochschulen 15/16,8.

L

Lärmforschung 22,11.
Landwirtschaftliche Forschung 7,6; 20,3.
Landwirtschaftliches Studium 22,11.
Lehrerbildung 1,10; 14,7; 19,9.
Limnologie 14,8.
Linguistik 20,10.
Lyrik 7,7.

M

Marktforschung 13,5.
Mathematik-Wissenschaft 6,7; 17/18,5.
Medizinische Akademien 2,10; 5,9; 8,10; 14,8; 14,8; 15/16,8.
Medizinische Forschung 1,7; 6,7; 12,9; 13,8; 14,7; 15/16,5;
17/18,5; 19,9; 19,9.
Medizin-Studium 13,6; 20,10.
Mensa 1,10; 11,4; 14,8.
Meteorologie 10,8; 10,9.
Mineralogie 19,9.
Musikhochschulen, Musikwissenschaft 14,8; 15/16,8; 19,9.

N

Nachwuchsförderung 4,8; 23,4.
Natur-Forschung 17/18,5.
Nobelpreis, Nobelstiftung 13,4.
Numerus clausus 5,9.

O

OECD-Konferenz über Fragen der Zusammenarbeit zwischen Industrie und technischem Bildungswesen 6,6.
Orthopädie 19,10.
Ohm, Georg Simon 6,6.
Ozeanographie 19,10.

P

Pädagogik 6,7; 17/18,5.
Pädagogische Hochschulen 1,10; 1,10; 6,8; 8,10; 10,7; 10,7; 14,6; 17/18,5; 17/18,5; 20,10.
Paläontologie 15/16,8.
Pflichtuntersuchung für Studenten 4,9.
Pharmazie 17/18,8; 19,10; 19,10; 19,10.
Philosophie 19,10; 22,11.
Physik-Forschung 23,9; 23,10.
Max-Planck-Gesellschaft, Max-Planck-Institute, 2,10; 6,7; 7,16; 11,1; 17/18,5; 21,2; 22,11; 23,9.
Pneumokoniose 1,9.
Politische Wissenschaft 19,2; 20,2; 21,12.
Preise, siehe Auszeichnungen, Preise, Preisausschreiben
Primatologie 8,10.
Publizistische Wissenschaft 21,7.

R

Raketenforschung, siehe Weltraumforschung
Rat für kulturelle Zusammenarbeit im Europarat 6,4.
Rationalisierung 21,2.
Rechtsstudium 1,1.
Rechtswissenschaft 19,9; 22,7.
Robbins-Committee 6,3.

S

Seminare, Institute, Kliniken 4,8; 6,7; 6,7; 7,6; 7,9; 8,8; 8,10; 8,10; 11,3; 11,9; 19,9; 23,6; 24,10.
Sozialwissenschaften 2,10; 3,8; 5,7; 5,9; 6,7.
Sportforschung 6,10.
Sprachforschung 2,9; 6,7; 17/18,5; 21,12.
Spranger, Eduard 19,1.
Südasien-Institut 11,3.
Südosteuropaforschung 1,5.

Sch

Schiffsbauforschung 15/16,8.
Schulwesen 3,8; 5,8; 5,8; 19,9; 21,12.

St

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder 7,3; 11,3; 15/16,5; 19,2.
Staubforschung 19,9.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 4,1; 5,9; 6,7; 7,3; 8,1; 9,1; 10,6; 14,4; 17/18,5; 19,3; 21,3; 21,11; 22,6; 22,11; 23,10.

Stiftungen:

Friedrich-Ebert-Stiftung 20,7.
Ford-Stiftung 21,11.
Fulbright-Kommission 3,2; 3,8.
Heinrich-Hertz-Stiftung 21,12.
Alexander-von-Humboldt-Stiftung 5,1; 12,6; 22,7.
Klopstock-Stiftung 19,10.
Westfälische Freiherr-vom-Stein-Stiftung 12,7.
Studienstiftung des deutschen Volkes 20,10.
Fritz Thyssen-Stiftung 22,1.
VW-Stiftung 1,10; 5,9; 21,8; 22,6; 24,10.

Stipendien 3,7; 3,8; 14,4; 15/16,7; 17/18,5; 17/18,9; 20,8.

Strahlenforschung 1,7; 3,9; 3,9.

Studentenbewegung für übernationale Föderation 8,9.

Studentenschaftsrecht 19,7.

Studentenvereinigungen 1,4; 1,10; 1,10; 3,1; 3,3; 3,5; 3,6; 5,4; 6,1; 6,8; 7,8; 8,6; 8,10-9,9; 9,10; 10,1; 12,7; 12,8; 13,5; 13,8; 14,6; 14,6; 14,6; 15/16,8; 15/16,8; 17/18,5; 19,7; 20,10; 20,10; 20,10; 21,7; 21,9; 24,8.

Studentenzahlen 5,5; 6,7; 13,8; 13,8; 14,8.

Studentenzeitschriften 6,8.

Studentische Filmklubs 6,8.

Studentische Krankenkassen 22,11.

Studienreform 1,1.

Studienwahl 7,4; 21,4; 22,8.

T

Technische Forschung 2,6.

Technisches Studium 3,2; 15/16,8.

Textilchemie 13,8.

Theologie-Studium 19,9.

Thünen-Archiv 8,10.

U

Universitäten 14,1; 23,2.

Universitätsfunk 14,8.

Universitätsrecht 4,1.

V

Veterinärmedizin 5,9.

W

Weltraumforschung 3,9; 5,9; 10,9; 14,8; 20,9.

Westdeutsche Rektorenkonferenz 4,2; 5,3; 14,2; 22,3.

Wirtschaftswissenschaft 21,3.

Wirtschaft und Wissenschaft 21,11.

Wissenschaftsförderung 8,1; 13,1; 13,3; 15/16,8; 17/18,5; 21,1; 21,3; 23,9; 23,9.

Wissenschaftsrat 4,10; 7,7; 9,7.

World University Service 20,4.

Z

Zoologie 7,9.

Zulassung, Zulassungsbeschränkung 2,10.